

Geschäftsbericht 2008

Sperrfrist: 25.03.2009, 09.30 Uhr

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 17. März 2009, RRB Nr. 2009/466

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Geschäftsprüfungskommission
Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	3
1.Finanzielles Ergebnis.....	5
2.Leistungen.....	6
3.Fazit 6	
4.Rechtliche Grundlage für den Geschäftsbericht.....	7
5.Rechtliche Grundlage für den Bericht über den Bearbeitungsstand der überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge sowie den Stand der Umsetzung der SO+-Massnahmen.....	7
6.Verfassungsmässigkeit.....	7
7.Antrag 8	
8.Beschlussesentwurf 1.....	9
9.Beschlussesentwurf 2.....	11
10.Beschlussesentwurf 3.....	13

Anhang/Beilagen

Beilage 1: Finanzieller Überblick

Beilage 2: Bericht des Regierungsrates vom 17. März 2009 über den Bearbeitungsstand der überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2008

Beilage 3: Schlussbericht des Regierungsrates vom 17. März 2009 zur Umsetzung der SO+-Massnahmen per 31. Dezember 2008

Beilage 4: Revisionsbericht der Kantonalen Finanzkontrolle

Kurzfassung

Eckdaten Rechnungsergebnis 2008

Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung weist einen Überschuss von 122,4 Mio. Fr. aus. Dadurch erhöht sich das Eigenkapital von 158,4 Mio. Fr. auf neu 280,9 Mio. Fr.. Die Nettoinvestitionen betragen 103,3 Mio. Fr.. Der effektive Selbstfinanzierungsgrad beträgt 189%. Die Nettoverschuldung reduziert sich von 265,5 Mio. Fr. auf noch 173,3 Mio. Fr., was einer Pro-Kopf-Verschuldung von rund 680 Fr. entspricht.

Auch 2008 konnte der Kanton Solothurn nochmals von der guten Konjunkturlage der Vorjahre profitieren und Mehreinnahmen bei den Steuern, insbesondere bei den juristischen Personen verbuchen.

Dies ermöglichte es auch, die Sanierung der Staatsfinanzen voranzutreiben, was im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich auch auf den exportorientierten Kanton Solothurn stark auswirken wird, von grosser Bedeutung ist.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Geschäftsbericht 2008 mit folgenden drei Beschlussesentwürfen:

1. Genehmigung des Geschäftsberichts 2008 (Beilage 1; Finanzieller Überblick)
2. Genehmigung des Berichts über den Bearbeitungsstand der überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge (Beilage 2)
3. Kenntnisnahme vom Schlussbericht zur Umsetzung der SO+-Massnahmen (Beilage 3).

1. Finanzielles Ergebnis

Die Jahresrechnung zeigt nochmals ein erfreuliches Ergebnis:

Ertragsüberschuss von 122,4 Mio. Fr.

Die Rechnung 2008 schliesst mit einem operativen Ertragsüberschuss von 122,4 Mio. Fr. ab. Dadurch erhöht sich das Eigenkapital von 158,4 Mio. Fr. auf neu 280,9 Mio. Fr..

Nettoinvestitionen von 103,3 Mio. Fr.

Die Rechnung 2008 schliesst mit effektiven Nettoinvestitionen von 113,7 Mio. Fr. ab. Korrigiert um die Auflösung von Globalbudgetreserven der Investitionsrechnung in der Höhe von 10,4 Mio. Fr. verbleiben Nettoinvestitionen von 103,3 Mio. Fr..

Selbstfinanzierungsgrad von 189%

Die Nettoinvestitionen von 103,3 Mio. Fr. können erneut vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt hohe 189%.

Nettoverschuldung von 173,3 Mio Fr.

Der Finanzierungsüberschuss beträgt 92,1 Mio. Fr. Damit sinkt die Nettoverschuldung von 265,5 Mio. Fr. per Ende 2007 auf 173,3 Mio. Fr. oder noch 680 Fr. pro Einwohner/-in per Ende 2008.

Für den Ertragsüberschuss in der Erfolgsrechnung bzw. die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag 2008 von 82,8 Mio. Fr. waren die folgenden Ergebnisse massgebend:

- Höhere Steuererträge und Bundesanteile (insbesondere Verrechnungs- und direkte Bundessteuer) dank der guten konjunkturellen Wirtschaftslage (total + 54,5 Mio. Fr.);
- Minderaufwendungen bei den Volksschulen (- 7,7 Mio. Fr.), Betriebs- und Defizitbeiträgen an Sonderschulheime (- 16,9 Mio. Fr.), Spitalbehandlungen gemäss KVG (- 9,6 Mio. Fr.) sowie Prämienverbilligungen KVG (- 8,7 Mio. Fr.);
- Bessere Abschlüsse der Globalbudget-Dienststellen (gesamthaft – 23,1 Mio. Fr.);
- Durch die Erhöhung der Rückstellung für die Deckungslücke Pensionskasse der Fachhochschule Nordwestschweiz von 48,4 Mio. Fr. wird das sehr gute Ergebnis etwas geschmälert.

Die zentralen Finanzkennzahlen in der Übersicht und im Vergleich zu Vorjahren:

Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2004	2005	2006	2007	2008
Ertrag (ohne a.o. Erträge)	1'470,9	1'525,6	1'605,9	1'757,1	1'836,2
- Aufwand (ohne Abschreibungen und ohne a.o. Aufwände)	1'341,6	1'398,8	1'467,9	1'512,2	1'640,8
Bruttoergebnis (Cash Flow)	129,3	126,8	138,0	244,9	195,4
- Abschreibungen	- 81,7	- 76,9	- 76,3	- 99,1	- 73,0
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	+ 47,6	+ 49,9	+ 61,7	+ 145,8	+ 122,4
+ Bilanzbereinigung (2004)	+ 44,0				
+ Saldo a.o. Erträge / Aufwände (2005)		+ 513,1			
- a.o. Abschreibungen (2007)				- 69,1	
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	+ 91,6	+ 563,0	+ 61,7	+ 76,7	+ 122,4
Investitionsrechnung					
Ausgaben	133,2	123,4	164,7	178,6	208,3
- Einnahmen	52,0	47,9	73,0	68,6	105,0
Nettoinvestitionen	81,2	75,5	91,7	110,0	103,3
Operatives Finanzierungsergebnis	+ 48,1	+ 51,3	+ 46,3	+ 134,9	+ 92,1
Effektives Finanzierungsergebnis	+ 42,8	+ 549,1	+ 46,3	+ 134,9	+ 92,1
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	159%	168%	150%	223%	189%
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	153%	827%	150%	223%	189%
Nettoverschuldung	996,0	446,8	400,5	265,5	173,3
Verlustvortrag (+) / Eigenkapital (-)	+ 543,0	- 20,0	- 81,7	- 158,4	- 280,9

2. Leistungen

Seit dem 1. Januar 2008 werden alle Dienststellen mit Globalbudgets geführt. Dies bedeutet, dass der Kantonsrat für jedes der Globalbudgets Produktgruppenziele vorgegeben hat und die Zielerreichung mittels Indikatoren und Standards gemessen wird. Gesamthaft wurden 137 Produktgruppen mit 322 Zielen definiert. Für die Zielerreichung wurden 830 Indikatoren mit entsprechenden Standards (Soll-Werte) festgelegt. Im Rechnungsjahr 2008 wurden gesamthaft 75% der Indikatoren erfüllt oder teilweise klar übertroffen. Die Leistungsbeurteilung der einzelnen Globalbudgets ist im Geschäftsbericht 2. Teil ‚Finanzen und Leistungen‘ ersichtlich.

Für die Reservenzuweisung 2008 kam erstmals die Neuregelung zur Zuweisung, Bestandesregulierung und Verwendung der Globalbudgetreserven (RRB Nr. 1144 vom 23. Juni 2008) zur Anwendung. Die Leistungsbeurteilung für die Reservenzuweisung erfolgt intern in den einzelnen Departementen. Die bisherige zentrale Prüfung der Zuweisung in Relation zur Leistungserfüllung ist an die einzelnen Departemente delegiert. Die Indikatoren stellen weiterhin eine Grösse für die Leistungsmessung dar und sollen systematisch in ihrer Qualität weiterentwickelt werden. Die Departemente können jedoch weitere sinnvolle Kriterien zur Leistungsbeurteilung berücksichtigen. |

3. Fazit

Das hervorragende Rechnungsjahr 2008 erlaubte es, das seit 2005 bestehende Eigenkapital beinahe zu verdoppeln und die Nettoverschuldung weiter zu senken. Damit konnte die in der Legislaturplanung 2005 – 2009 vorgesehene Sanierung der Staatsfinanzen erfolgreich weitergeführt werden.

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise mit negativen Auswirkungen auf der Einnahmenseite, der absehbaren Kostensteigerungen insbesondere in den Bereichen Bildung (Harmos, Sonderschulpädagogik und –heime) und Gesundheit/Soziales (Spitalteuerung, KVG-Revision ab 2012), den hohen Investitionen (ERO, Bürgerspital, Schachen) wird es ab 2010 eine grosse Herausforderung sein, den vom Kantonsrat beschlossenen Planungsbeschluss vom 11. März 2008 (mindestens eine ausgeglichene Rechnung, einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100% und somit keine Neuverschuldung) einhalten zu können.

4. Rechtliche Grundlage für den Geschäftsbericht

Die rechtliche Grundlage für den Geschäftsbericht findet sich in § 24 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1). In § 30^{bis} sowie § 84 des Geschäftsreglements des Kantonsrates vom 10. September 1991 (BGS 121.2) wird der Ablauf der Behandlung des Geschäftsberichtes durch den Kantonsrat bzw. die zuständigen Kommissionen definiert. Gemäss § 30 Abs. 2 stellt die Finanzkommission Antrag zum Finanzteil des Geschäftsberichtes und die Geschäftsprüfungskommission berät den Geschäftsbericht vor.

5. Rechtliche Grundlage für den Bericht über den Bearbeitungsstand der überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge sowie den Stand der Umsetzung der SO+-Massnahmen

Nach § 84 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Kantonsrates erstattet der Regierungsrat im Anhang zum Geschäftsbericht über den Bearbeitungsstand der ihm überwiesenen parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge Bericht (Beilage 2).

Im Weiteren haben wir in RRB Nr. 750 vom 3. April 2001 festgelegt, Sie im Rahmen des Berichtes über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse auch über die Umsetzung der SO+-Massnahmen in Kenntnis zu setzen (Beilage 3). Diese Berichterstattung wird in diesem Jahr abgeschlossen.

6. Verfassungsmässigkeit

Gestützt auf Artikel 74 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung ist der Kantonsrat abschliessend zuständig, den Geschäftsbericht zu genehmigen. Der Genehmigungsbeschluss unterliegt nicht dem Referendum.

7. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und den nachfolgenden Beschlussesentwürfen 1 bis 3 zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Klaus Fischer
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

8. Beschlussesentwurf 1

Geschäftsbericht 2008

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986, § 18 des Fachhochschulgesetzes des Kantons Solothurn vom 28. September 1997 und § 24 und §§ 37 bis 50 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003, nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 17. März 2009 (RRB Nr. 2009/466), nach Kenntnisnahme des Berichts der Finanzkontrolle vom 11. März 2009, beschliesst:

1. Der Geschäftsbericht 2008 wird wie folgt genehmigt:

1.1 Jahresrechnung

1.1.1 Erfolgsrechnung

Aufwand	Fr.	1'713'716'174.95
- Ertrag	Fr.	- 1'836'153'141.09
Operativer Ertragsüberschuss	Fr.	- 122'436'966.14
Gesamtergebnis (Ertragsüberschuss)	Fr.	- 122'436'966.14

1.1.2 Investitionsrechnung

Ausgaben	Fr.	208'280'870.59
Einnahmen	Fr.	- 105'015'295.56
Nettoinvestitionen	Fr.	103'265'575.03

1.1.3 Finanzierung

Finanzierungsüberschuss	Fr.	- 92'130'879.91
--------------------------------	------------	------------------------

1.1.4 **Bilanz** mit einer Bilanzsumme Fr. 1'568'754'862.65

1.1.5 Vom gesamten Ertragsüberschuss werden Fr. 122'436'966.14 dem Eigenkapital zugewiesen. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2008 Fr. 280'882'479.38.

1.2 Es wird Kenntnis genommen, dass:

1.2.1 Nettoinvestitionen im Betrag von Fr. 103'265'575.03 in der Bilanz aktiviert wurden;

1.2.2 Die ordentlichen Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen Fr. 29'693'179.13 betragen;

1.2.3 Die Rückstellungen insgesamt um Fr. 30'491'150.51 zugenommen haben und sich per 31. Dezember 2008 auf Fr. 125'540'145.05 belaufen;

1.2.4 Die transitorischen Passiven um Fr. 5'031'066.91 zugenommen haben und die transitorischen Aktiven um Fr. 44'812'228.31 abgenommen haben;

1.2.5 Die Bürgschaften mit Fr. 25'661'743.-- ausgewiesen sind und die Garantie des Kantons, der Schulgemeinden und der Anschlussmitglieder für die statutarischen Leistungen der Kantonalen Pensionskasse Solothurn per Ende 2008 insgesamt 1'131,0 Mio. Fr. beträgt.

10

1.3 Erfolgsrechnung und Bilanz des Wohnheims Wyssstei, der Beschäftigungswerkstätte Wyssstei sowie des Traffic-User-Clubs per Ende 2008 werden genehmigt.

1.4 Der übrige Teil des Geschäftsberichtes 2008 sowie die Berichterstattung über die erbrachten Leistungen werden genehmigt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Finanzdepartement
Amt für Finanzen(3)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste

9. Beschlussesentwurf 2

Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse am 31. Dezember 2008

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe e der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986¹ und § 46 Absatz 1 des Kantonsratsgesetzes vom 24. September 1989², nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 17. März 2009 (RRB Nr. 2009/466), beschliesst:

Der Bericht des Regierungsrates vom 17. März 2009 über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2008 wird genehmigt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Finanzdepartement
Amt für Finanzen(3)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste

¹ BGS 111,1

² BGS 121,1

10. Beschlussesentwurf 3

Schlussbericht zur Umsetzung der SO+-Massnahmen per 31. Dezember 2008

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 76 Absatz 1 Buchstabe a in Verbindung mit Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe e der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986¹ und § 46 Absatz 1 des Kantonsratsgesetzes vom 24. September 1989², nach Kenntnisnahme von Botenschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 17. März 2009 (RRB Nr. 2009/466), beschliesst:

1. Die SO+-Massnahme Nr. 4, Bereinigung des Immobilienbestandes, wird als Daueraufgabe an das Baudepartement delegiert und im Rahmen der SO+-Massnahmen als erledigt abgeschrieben.
2. Die SO+-Massnahme Nr. 31, Lohnkonzept 2004, wird mit der Realisierung von MAB-Lebo Plus umgesetzt und im Rahmen der SO+-Massnahmen als erledigt abgeschrieben.
3. Die SO+-Massnahme Nr. 32, Neustrukturierung der regionalen Verwaltung, wird im Rahmen des Auftrages der Fraktion SP/Grüne (A099/2007) durch die eingesetzte Arbeitsgruppe behandelt und im Rahmen der SO+-Massnahmen als erledigt abgeschrieben.
4. Vom Schlussbericht des Regierungsrates vom 17. März 2009 zur Umsetzung der SO+-Massnahmen per 31. Dezember 2008 und der Abrechnung des Verpflichtungskredites mit Gesamtausgaben von Fr. 2'884'764.00 wird Kenntnis genommen.

Im Namen des Kantonsrates

Präsidentin

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Finanzdepartement
Amt für Finanzen(3)
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentdienste

¹ BGS 111,1

² BGS 121,1

Finanzieller Überblick

Inhaltsverzeichnis

1. Das Rechnungsergebnis in Kürze	2
1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2008.....	3
1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2007 und Rechnung 2008.....	4
1.3 Finanzkennzahlen 2004 – 2008.....	6
1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen.....	9
2. Rahmenbedingungen	14
3. Die grössten Aufwandpositionen	16
3.1 Besoldungskosten.....	16
3.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen.....	20
3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst.....	20
3.4 Abschreibungen.....	21
3.5 Strassenbaufonds	22
3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen.....	23
3.7 Soziale Sicherheit.....	23
4. Die grössten Ertragspositionen	25
4.1 Bundesanteile.....	25
4.2 Staatssteuerertrag.....	26
4.3 Nebensteuern.....	27

Finanzieller Überblick

1. Das Rechnungsergebnis in Kürze

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	RE 07	VA 08	RE 08
Ertrag (ohne a.o. Erträge)	1'757,1	1'769,8	1'836,2
Aufwand (ohne Abschreibungen und a.o. Aufwände)	- 1'512,2	- 1'633,2	- 1'640,8
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	244,9	136,6	195,4
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	- 34,9	- 38,2	- 29,7
Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	- 64,2	- 58,8	- 43,3
Operatives Ergebnis	+ 145,8	+ 39,6	+ 122,4
- a.o. Aufwand (Abschreibung Investitionsbeiträge)	69,1		
Gesamtergebnis	+ 76,7	+ 39,6	+ 122,4

Investitionsrechnung (in Mio.Fr.)

Ausgaben	188,6	202,0	218,7
Rückstellungen für Verpflichtungen (GB-Reserven)	- 10,0	- 8,3	- 10,4
Einnahmen	- 68,6	- 79,3	- 105,0
Nettoinvestitionen	110,0	122,7	103,3

Finanzierung (in Mio. Fr.)

Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow ohne a.o. Aufwände / Erträge)	244,9	136,6	195,4
- Nettoinvestitionen	- 110,0	- 122,7	- 103,3
Finanzierungsergebnis	+ 134,9	+ 13,9	+ 92,1

Selbstfinanzierungsgrad	223%	111%	189%
--------------------------------	-------------	-------------	-------------

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung ist um 82,8 Mio. Fr. besser ausgefallen als budgetiert. Mit einem Gesamtergebnis von 122,4 Mio. Fr. kann ein weiteres sehr gutes Jahr abgeschlossen werden. Mit um 19,4 Mio. Fr. tieferen Nettoinvestitionen führte dies zu einem Finanzierungsüberschuss, welcher mit 92,1 Mio. Fr. um 78,2 Mio. Fr. über dem Budget liegt. Der Selbstfinanzierungsgrad fällt mit 189% wesentlich besser aus als budgetiert (111%). Damit kann die Nettoverschuldung um weitere 92,1 Mio. Fr. abgebaut werden.

1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2008

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Franken zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2008 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
1) Steuerertrag (Kontengruppe 6432)	41,1
2) Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	13,4
	54,5
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
3) Schulgelder (Kontengruppe 6230)	3,9
4) Volksschulen	7,7
5) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	16,9
6) Spitalbehandlungen gemäss KVG	9,6
7) Taggelder Strafvollzug	4,3
8) Prämienverbilligung KVG	8,7
9) Sozialversicherungen AHV/IV	4,2
10) Bildung/Auflösung Rückstellungen GB-Reserven	2,0
11) Globalbudgets (insbesondere Umwelt, Mittelschulen, Polizei, usw.)	23,1
	80,4
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 11 Positionen:	134,9

Minderertrag (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
12) Vermögenserträge (Kontengruppe 6417)	5,3
	5,3
Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
13) Rückstellung Deckungslücke PK FHNW	48,4
	48,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 2 Positionen:	53,7

Die oben aufgeführten 13 Positionen (+ 81,2 Mio. Fr.) vermögen die Verbesserung des Gesamtergebnisses von 82,8 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu rund 98% zu erklären.

1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Allgemeine und Bildungsbauten	4,8
2) Kantonsstrassenbau	17,2
3) Öffentlicher Verkehr	2,3
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	24,3

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
4) Spitalbauten	4,2
Total ergebnisverschlechternde Abweichung:	4,2

Die oben aufgeführten 4 Positionen (- 20,1 Mio. Fr.) erklären die Reduktion der Nettoinvestitionen von 19,4 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2007 und Rechnung 2008

Massgeblichen Einfluss auf die Rechnung 2008 im Vergleich zur Rechnung 2007 haben einerseits die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und andererseits die vom Volk am 21. Oktober 2007 beschlossene Steuergesetzrevision, welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist.

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Fr.
1) Bundesanteile (Kontengruppe 6416)	135,1
	135,1
Minderungsaufwand (Ergebnisverbesserung):	
2) GB ‚Hochbau‘*	4,3
3) Volksschulen	2,2
4) Ergänzungsleistungen AHV/IV	4,8
5) Sozialversicherungen AHV/IV	91,3
6) Zinsendienst (Kontengruppe 6418)	5,0
7) Bildung/Auflösung Rückstellungen GB-Reserven (netto)	6,0
	113,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 7 Positionen	248,7

Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Fr.
8) Steuerertrag (Kontengruppe 6432)	64,7
9) Vermögenserträge (Kontengruppe 6417)	5,6
10) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	4,8
	75,1

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
11) GB ‚Öffentlicher Verkehr‘*	8,0
12) Abschreibungen HBA	2,9
13) GB ‚Justizverwaltung‘*	5,9
14) Schulgelder (netto, inkl. Hochschulwesen)	4,6
15) GB ‚Volksschulen und Kindergarten‘*	2,9
16) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	32,6
17) GB ‚Mittelschulbildung‘*	3,5
18) GB ‚Berufsschulbildung‘*	4,7
19) Fachhochschulen	36,3
20) Betriebsbeiträge an Spitäler	11,4
21) Taggelder Strafvollzug	4,4
22) Prämienverbilligung KVG	13,9
23) Soziale Dienste	51,4
24) GB ‚Polizei‘*	3,9
25) GB ‚Wirtschaft und Arbeit‘*	2,0
26) Sozialleistungen	3,7
	192,1
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 19 Positionen	267,2

Die oben aufgeführten 26 Positionen (- 18,5 Mio. Fr.) vermögen die Verschlechterung des operativen Ergebnisses von 23,4 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2007 zu rund 80% zu erklären. |

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Allgemeine und Bildungsbauten	3,3
2) Kantonsstrassenbau	18,8
3) Nationalstrassenbau	2,6
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 3 Positionen	24,7

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
4) Spitalbauten	11,4
5) Vermessung	2,2
6) Polizei	2,0
7) Rückstellung für nicht beanspruchte GB-Kredite IR	2,8
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 4 Positionen	18,4

Die oben aufgeführten 7 Positionen (- 6,3 Mio. Fr.) vermögen die Reduktion der Nettoinvestitionen von 6,7 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2007 zu rund 94% zu erklären.

1.3 Finanzkennzahlen 2004 – 2008

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2004 bis 2008.

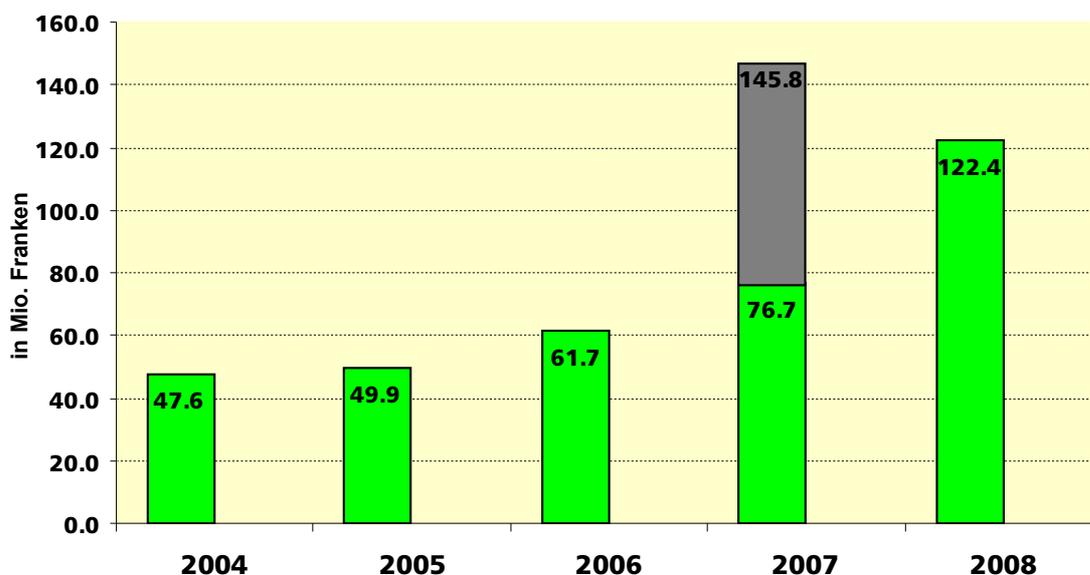
Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2004	2005	2006	2007	2008
Cash Flow	129,3	126,8	138,0	244,9	195,4
- Abschreibungen	- 81,7	- 76,9	- 76,3	- 99,1	- 73,0
Operatives Ergebnis ER	+ 47,6	+ 49,9	+ 61,7	+ 145,8	+ 122,4
+ Bilanzbereinigung	+ 44,0				
+ a.o. Erträge/Aufwände		+ 513,1		- 69,1	
Gesamtergebnis	+ 91,6	+ 563,0	+ 61,7	+ 76,7	+ 122,4
Nettoinvestitionen	81,2	75,5	91,7	110,0	103,3
Operatives Finanzierungsergebnis	+ 48,1	+ 51,3	+ 46,3	+ 134,9	+ 92,1
Effektives Finanzierungsergebnis	+ 42,8	+ 549,1	+ 46,3	+ 134,9	+ 92,1
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	159%	168%	150%	223%	189%
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	153%	827%	150%	223%	189%
Gesamtabschreibungssatz	23,4%	24,6%	22,1%	43,0%*	21,5%
Nettoverschuldung	-996,0	-446,8	-400,5	-265,5	-173,3
Dito, in Fr. pro Einwohner	-3'990	-1'780	-1'590	-1'050	680
Nettozinsaufwand total	35,6	27,7	17,9	10,4	12,0
Dito, in % der Staatssteuern	5,4%	3,9%	2,5%	1,3%	1,6%
Verlustvortrag (+) / Eigenkapital (-)	+ 543,0	- 20,0	- 81,7	- 158,4	- 280,9
EinwohnerInnen per Ende Jahr	249'710	250'614	251'617	253'023	254'414

* inkl. a.o. Abschreibungen (sonst 25,3%)

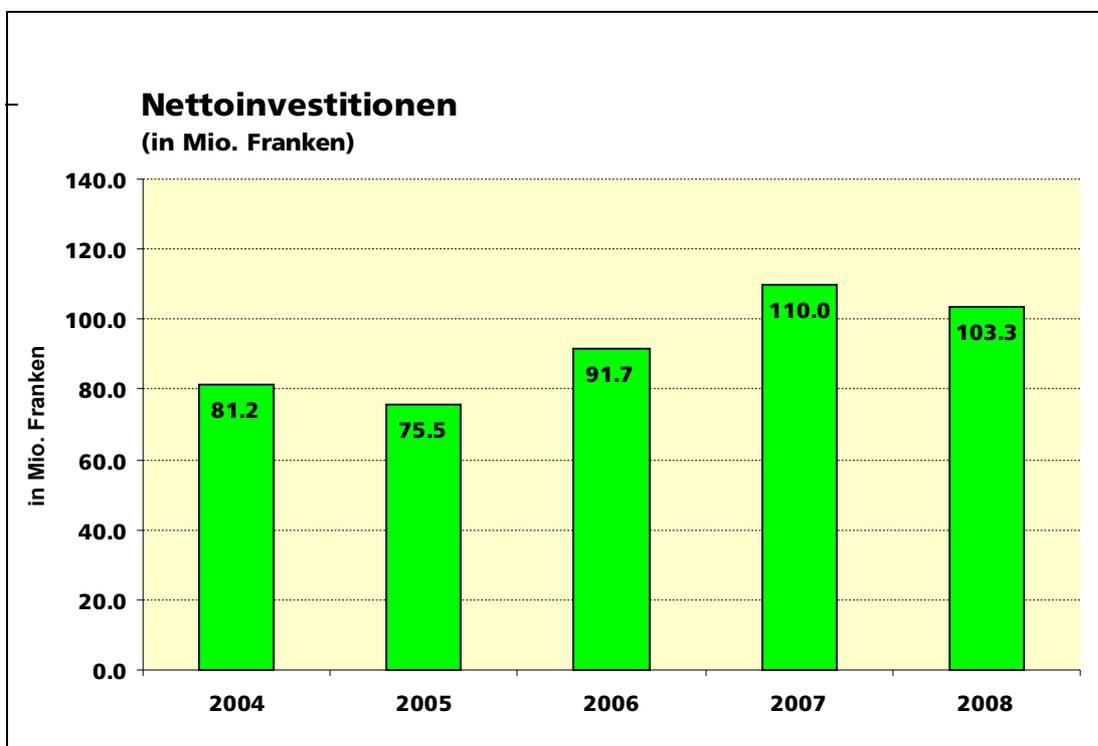
Der operative Cash Flow (ohne a.o. Aufwendungen) liegt mit 195,4 Mio. Fr. um rund 50 Mio. Fr. unter dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2007: 244,9 Mio. Fr.).

Aufwand- bzw. Ertragsüberschuss

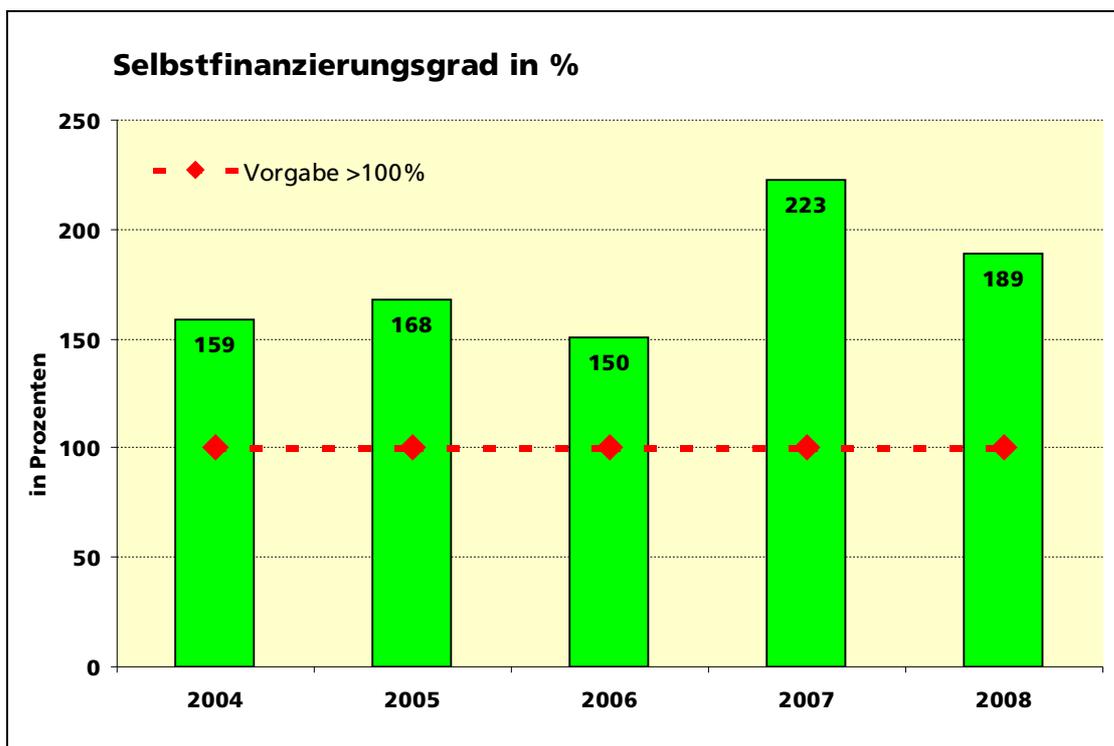
(in Mio. Franken)



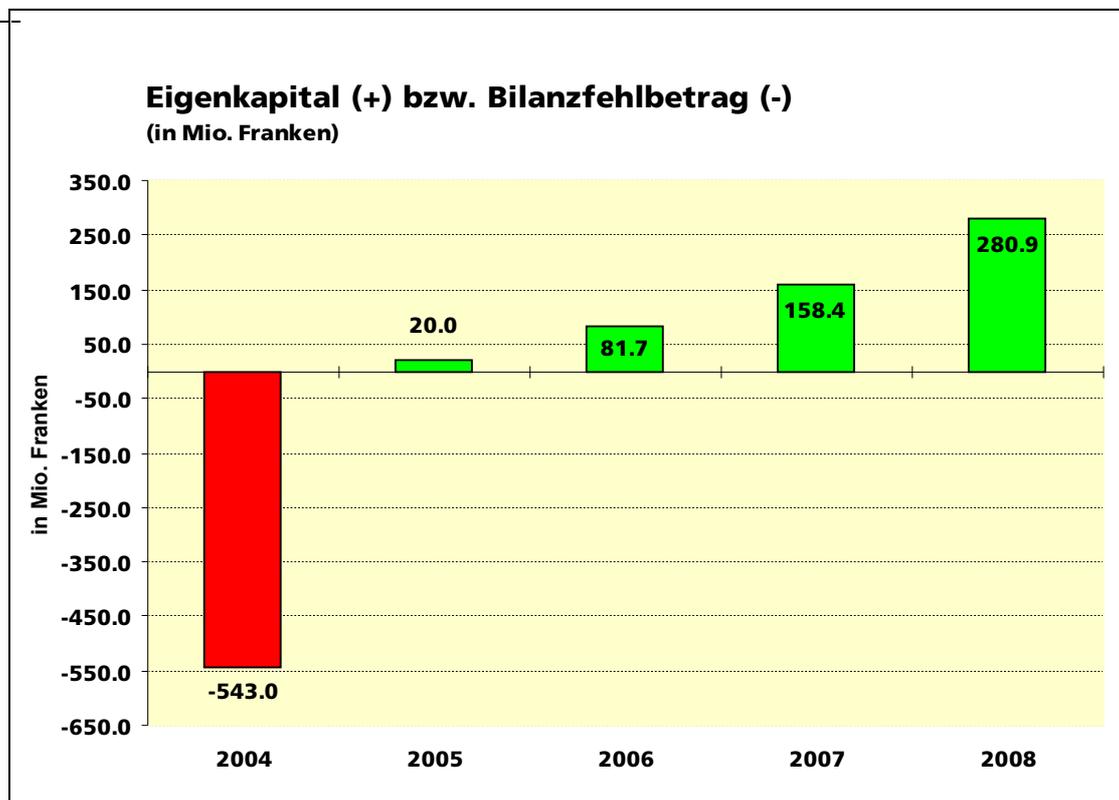
Seit 2003 schlossen die Rechnungen stets mit einem steigenden operativen Ertragsüberschuss ab. Diese Tendenz setzt sich 2008 erfreulicherweise fort.



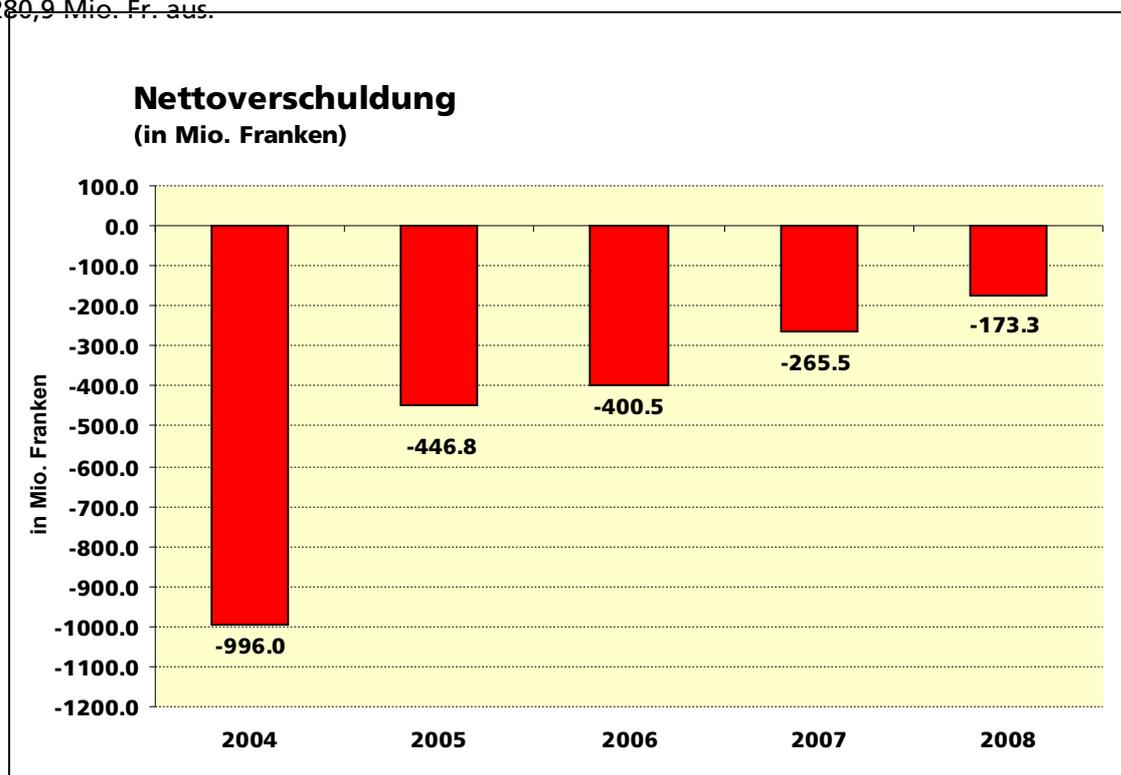
Mit Nettoinvestitionen von 103,3 Mio. Fr. liegt das Investitionsniveau 2008 leicht über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Höhe der ausgabenwirksamen Nettoinvestitionen beträgt 2008 effektiv 113,7 Mio. Fr. (103,3 Mio. Fr. plus Auflösung GB-Reserven von 10,4 Mio. Fr.). Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist in erster Linie auf die geänderte Praxis bei der Verbuchung der Bundesbeiträge (neu nach Baufortschritt) zurückzuführen. Diese Praxisänderung führte dazu, dass der im Jahr 2008 verbuchte Bundesbeitrag um rund 20 Mio. Fr. höher ausfiel als budgetiert.



Aufgrund des hohen operativen Cash Flows und der kontrollierten Investitionstätigkeit ergibt sich ein Selbstfinanzierungsgrad von rund 189%. Im Vorjahr betrug er sehr gute 223% bei Nettoinvestitionen von 110,0 Mio. Fr. Die Vorgabe der Finanzkommission bezüglich des Selbstfinanzierungsgrades konnten somit weit übertroffen werden.



Das Eigenkapital, welches erstmals 2005 entstanden ist, konnte mit dem Rechnungsabschluss 2008 weiter erhöht werden. Per 31. Dezember 2008 weist die Staatsbilanz ein Eigenkapital von 280,9 Mio. Fr. aus.



Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 189% (Finanzierungsüberschuss von 92,1 Mio. Fr.) kann im Berichtsjahr 2008 die Nettoverschuldung von 265,5 auf 173,3 Mio. Fr. gesenkt werden. Die Nettoverschuldung pro Einwohner beläuft sich per Ende 2008 noch auf 680 Fr. (Vorjahr: 1'050 Fr.).

1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

Beim Vergleich mit den Zahlen der Rechnung 2007 ist zu berücksichtigen, dass seit dem 1.1.2008 die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft ist. Dies führte im Voranschlag 2008 und in der Rechnung 2008 gegenüber der Rechnung 2007 zu verschiedenen Verschiebungen zwischen den Departementen.

1.4.1 Erfolgsrechnung

- Behörden

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	5,7	6,1	5,8	- 0,3
Ertrag	- 0,4	- 0,9	- 0,9	0
Verrechnungen	- 2,6	- 1,6	- 1,6	0
Saldo	2,7	3,6	3,3	- 0,3

Die Saldoverbesserung der Rechnung 2008 gegenüber dem Voranschlag 2008 ist auf Minderkosten beim Kantonsrat infolge einiger ausgefallener Sessionstage sowie auf höhere Einnahmen aus VR-Mandaten des Regierungsrates zurückzuführen. Im Vergleich zur Rechnung 2007 ist zu berücksichtigen, dass ab 2008 beim Kantonsrat durch die erstmalige Ausrichtung einer Grundentschädigung sowie höherer Spesenentschädigungen wiederkehrende Mehrausgaben im Umfang von ca. 0,35 Mio. Fr. anfallen.

- Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	10,2	11,6	11,1	- 0,5
Ertrag	- 3,0	- 3,2	- 3,1	0,1
Verrechnungen	- 5,9	- 6,2	- 6,1	0,1
Saldo	1,3	2,2	1,9	- 0,3

Die Verbesserung von 0,3 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf den besseren Abschluss des Globalbudgets „Dienstleistungen der Staatskanzlei“ aufgrund geringerer Portikosten zurückzuführen. Der um ca. 0,9 Mio. Fr. tiefere Aufwand in der Rechnung 2007 ist insofern für einen Vergleich ungeeignet, weil im Globalbudget „Drucksachen / Lehrmittel“ per Ende 2007 die Grosskredite für den externen Drucksacheneinkauf bzw. die Herstellung neuer Lehrmittel nicht ausgeschöpft worden sind (Grund: weniger bzw. zeitlich verschobene Projekte).

- Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	209,3	227,2	201,7	- 25,5
Ertrag	- 134,5	- 120,0	- 100,4	19,6
Verrechnungen	- 75,0	- 83,2	- 83,2	0
Saldo	- 0,3	24,0	18,1	- 5,9

Die markanten Abweichungen sowohl im Bereich des Aufwandes wie der Erträge sind zu einem grossen Teil durch die gegenüber dem Budget tieferen Nettoinvestitionen im spezialfinanzierten Tiefbau zurückzuführen. Dies ist eine Folge der veränderten Verbuchung der Bundesbeiträge im Projekt Entlastung Region Olten (Neu nach Baufortschritt und nicht mehr nach Zahlungsplan). Diese Praxisänderung führte dazu, dass der im Jahr 2008 verbuchte Bundesbeitrag um rund 20 Mio. Fr. höher ausfiel als budgetiert. Die so tiefer ausgefallenen spezialfinanzierten Nettoinvestitionen führten zu entsprechend tieferen Abschreibungen (spezialfinanzierte Investitionen werden im selben Jahr zu 100% abgeschrieben) und damit zu geringeren Entnahmen (Erträge) aus der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds.

Abgesehen von diesem buchhalterischen Effekt, führte die Verschiebung der Auszahlung der Beiträge an die Sanierung der Schiessanlagen (2 Mio. Fr.), ausserordentlich geringe Vollzugskosten im Bereich der Jugendanwaltschaft (1,3 Mio. Fr.), ausserplanmässig erbrachte Dienstleistungen für die Nationalstrassenunterhaltsgesellschaft der Nordwestschweiz (1,3 Mio. Fr.) sowie geringer ausgefallene Beiträge an Gemeinden an Schülertransportkosten (0,7 Mio. Fr.) zu einer Entlastung der Rechnung.

- Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	363,0	444,0	447,6	3,6
Ertrag	- 40,8	- 51,0	- 43,6	7,4
Verrechnungen	23,0	25,9	26,1	0,2
Saldo	345,2	418,9	430,1	11,2

Die Budgetüberschreitung von 11,2 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschluss SGB 229/2004 vom 4.5.2005 zurückzuführen (+ 48,4 Mio. Fr.). Die Mehrbelastung konnte teilweise durch Minderaufwendungen in den Bereichen Volksschulen (- 5,1 Mio. Fr.), Sonderschulen (- 16,9 Mio. Fr.), Schulgelder (- 1,4 Mio. Fr.), neue Abrechnungsart Bundesbeiträge Berufsbildung (- 13,0 Mio. Fr.) aufgefangen werden.

Der Minderertrag von 7,4 Mio. gegenüber dem Budget ist vorwiegend auf die neue Abrechnungsart der Bundesbeiträge Berufsbildung (- 13,1 Mio. Fr.), Bundesbeiträge an Schulgelder für die höhere Berufsbildung (+ 2,4 Mio. Fr.), Bundesbeiträge an Einführungskurse (+ 1,6 Mio. Fr.), höhere Beiträge von Gemeinden an progymnasialen Unterricht (+ 1,0 Mio. Fr.), höhere Erträge von ausserkantonalen Schülern am Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (+ 0,8 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Gegenüber dem Jahr 2007 stiegen die Aufwendungen in den Bereichen Sonderschulen als Folge des Inkrafttretens der NFA (+ 30,5 Mio. Fr.), Fachhochschulen (+ 36,3 Mio. Fr.), Schulgelder (+ 4,6 Mio. Fr.).

- Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE07*	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	162,1	159,1	153,1	- 6,0
Ertrag	- 1'183,4	- 1'198,1	- 1'260,4	- 62,3
Verrechnungen	- 1,1	- 4,8	- 3,0	1,8
Saldo	- 1'022,4	- 1'043,8	- 1'110,3	- 66,5

* ohne a.o. Aufwendungen (zusätzlichen Abschreibungen der Investitionsbeiträge von 69,1 Mio. Fr.)

Die Verbesserung gegenüber dem Budget von 66,5 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf die Mehrerträge bei den Steuern (+ 51 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Im Vergleich mit der Rechnung 2007 führte auf der Ertragsseite die Einführung des NFA insbesondere im sog. Ressourcenausgleich zu Mehreinnahmen. Auf der Aufwandseite führten tiefere ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen und tiefere Zinsbelastungen zu Minderaufwendungen.

- Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	675,0	701,3	705,0	3,7
Ertrag	- 272,4	- 281,1	- 304,6	- 23,5
Verrechnungen	67,9	70,3	70,0	- 0,3
Saldo	470,5	490,5	470,4	- 20,1

Die Verbesserung gegenüber dem Budget um 20,1 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf Minderaufwände von 9,7 Mio. Fr. bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG, von 3,2 Mio. Fr. bei den Sozialversicherungen (wegen ungewisser Auswirkungen des NFA-Effektes und des Sozialgesetzes wurde jedoch ein Rückstellung von 6 Mio. Franken getätigt) und von 4,3 Mio. Fr. bei den Taggeldern Strafvollzug zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr 2007 schliesst die Rechnung 2008 wegen des NFA-Effektes ausgeglichen ab. Einsparungen gab es bei den Sozialversicherungen (- 74 Mio. Fr.). Ins Gewicht fallende Mehraufwände liegen bei den Beiträgen an Heime (50 Mio. Fr.), bei den Betriebsbeiträgen an die Spitäler (10,8 Mio. Fr.), bei den Taggeldern Strafvollzug (4,3 Mio. Fr.) sowie bei der Polizei (3,4 Mio. Fr.).

- Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	165,8	159,4	167,1	7,7
Ertrag	- 117,5	- 110,4	- 118,0	- 7,6
Verrechnungen	- 8,8	- 3,5	- 4,7	- 1,2
Saldo	39,5	45,5	44,4	- 1,1

Die Verbesserung von 1,1 Mio. Fr. gegenüber dem Budget ergibt sich nicht aufgrund einzelner grosser Abweichungen sondern aufgrund vieler einzelner positiver und auch negativer Abweichungen. Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das VWD saldoneutralen Durchlaufposten Finanzausgleich Kirchgemeinden (Aufwand + 5 Mio. Fr., Entnahme aus der Spezialfinanzierung + 3,5 Mio. Fr. und interne Verrechnungen + 1,5 Mio. Fr.) und durchlaufenden Bundesbeiträgen in den Bereichen Landwirtschaft und Militär (+ 1,5 Mio. Fr.).

- Gerichte

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Aufwand	20,3	21,5	22,2	0,7
Ertrag	- 5,1	- 5,0	- 5,0	0
Verrechnungen	2,5	2,9	2,4	- 0,5
Saldo	17,7	19,4	19,6	0,2

Die Abweichungen zum Voranschlag von 1,3 Mio. Fr. ist im Wesentlichen auf zwei ausserordentlich kostspielige Strafverfahren zurückzuführen, in denen insgesamt 1,8 Mio. Fr. für Anwaltshonorare und Entschädigungen ausgegeben werden mussten.

1.4.2 Investitionsrechnung

- Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	163,6	179,0	181,2	2,2
Einnahmen	- 63,3	- 69,9	- 91,5	- 21,6
Nettoinvestitionen	100,3	109,1	89,7	- 19,4

Für Bildungs- und Allgemeine Bauten wurden 13,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 18,4 Mio. Fr.) ausgegeben.

Für Spitalbauten wurden Nettoinvestitionen in der Höhe von 34,6 Mio. Fr. getätigt, das sind 4,4 Mio. Fr. mehr als budgetiert.

Die Nettoinvestitionen für den Kantonsstrassenbau betragen 40,2 Mio. Fr. (2007: 59,0 Mio. Fr.). An die Bruttoausgaben von 104,4 Mio. Fr. (2007: 92,5 Mio. Fr.) zahlen der Bund 54,2 Mio. Fr. (2007: 18,9 Mio. Fr.) und die Gemeinden 14,0 Mio. Fr. (2007: 14,6 Mio. Fr.).

Abschlussarbeiten an den Nationalstrassen kosteten 16,7 Mio. Fr. (2007: 23,6 Mio. Fr.). Daran beteiligte sich der Bund mit 15,6 Mio. Fr. (Finanzierungsschlüssel gemäss den Regeln vor Inkrafttreten der NFA).

Beim öffentlichen Verkehr betragen die Investitionsausgaben brutto 0,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 4,0 Mio. Fr.). Rückzahlungen von Darlehen verschiedener öV-Betriebe von 2,0 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,3 Mio. Fr.) führten zu einem Einnahmenüberschuss von 0,8 Mio. Fr. (Voranschlag: Ausgabenüberschuss von 1,5 Mio. Fr.).

Beim Amt für Umwelt betragen die Investitionsausgaben brutto 2,8 Mio. Fr. (Voranschlag 3,4 Mio. Fr.). Bundesbeiträge (1,6 Mio. Fr.) sowie die Rückzahlung von Darlehen in der Höhe von 2,0 Mio. Fr. führten zu einem Einnahmenüberschuss von rund 0,8 Mio. Fr. (Voranschlag: 0,5 Mio. Fr.).

Die Amtliche Vermessung investierte in die Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) 3,1 Mio. Fr. (Voranschlag: 3,3 Mio. Fr.). Die Beiträge des Bundes (0,9 Mio. Fr.) und der Gemeinden (0,6 Mio. Fr.) führten zu einem Ausgabenüberschuss von 1,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.).

- Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	2,0	2,4	2,3	- 0,1
Einnahmen	- 1,6	- 1,5	- 1,7	- 0,2
Nettoinvestitionen	0,4	0,9	0,6	- 0,3

Für Ausbildungsdarlehen sind 1,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.) ausbezahlt worden. Die Rückzahlungen lagen bei 1,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,5 Mio. Fr.). Für die Ausrüstung der Kantonalen Schulen mit EDV-Systemen wurden wie budgetiert 0,6 Mio. Fr. verwendet.

- Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	- 1,4	0,3	1,6	1,3
Einnahmen	- 0,2	0	- 1,9	- 1,9
Nettoinvestitionen	- 1,6	0,3	- 0,3	- 0,6

Infolge von Reservenbezügen und dem Verzicht auf neue Globalbudgets in der Investitionsrechnung ab 1.1.2009 und der damit verbundenen Auflösung der noch vorhandenen Reserven der „ausgelaufenen“ Globalbudgets (Hochbau, Strassenbau, Landwirtschaft) konnten zentral gebildete Rückstellungen in der Höhe von netto 10,4 Mio. Fr. zugunsten der Investitionsrechnung 2008 aufgelöst werden.

Das Amt für Informatik und Organisation hat aufgrund von Verzögerungen bei der Realisierung von Kundenprojekten und Kapazitätsengpässen beim Personal mit 6,9 Mio. Fr. rund 1,7 Mio. Fr. unter dem Voranschlag 2008 (8,6 Mio. Fr.) abgeschlossen.

- Departement des Inneren

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	8,2	12,0	14,1	2,1
Einnahmen	- 0,6	- 3,1	- 4,7	- 1,6
Nettoinvestitionen	7,6	8,9	9,4	0,5

Die Polizei investierte 9,1 Mio. Fr., budgetiert waren 8,3 Mio. Fr. Die grössten Ausgabenposten waren mit 6,9 Mio. Fr. die Einführung des neuen Sicherheitsfunknetzes POLYCOM für den Kanton Solothurn sowie Motorfahrzeuge (1,5 Mio. Fr.).

- Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE07	VA08	RE08	Diff. 08
Ausgaben	6,2	8,3	9,1	0,8
Einnahmen	- 2,8	- 4,8	- 5,1	- 0,3
Nettoinvestitionen	3,4	3,5	4,0	0,5

Innerhalb des Finanzausgleichs Einwohnergemeinden wurden 1,2 Mio. Fr. Investitionsbeiträge an Schulbauten anstelle der budgetierten 0,4 Mio. Fr. ausbezahlt.

Im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz wurde mit der Beschaffung von zwei Fahrzeugen (156 KFr.) die Investitionsgrenze überschritten und der Gesamtbetrag wurde aktiviert.

2. Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2008

Gemäss den Angaben des SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft hat die Schweizer Wirtschaft 2008 mit 1.8% erneut ein starkes Wachstum vom BIP verzeichnet. Die gute Wirtschaftslage führte auch im Kanton Solothurn insgesamt zu einer Ertragssteigerung gegenüber dem Voranschlag sowohl bei den Steuererträgen der juristischen als auch bei den natürlichen Personen. Die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich jedoch im 2. Halbjahr 2008 auch in den klein- und mittelständischen Unternehmen des Kantons Solothurn bemerkbar gemacht und der Konjunkturschwung hat sich seit dem September 2008 rasant beschleunigt. Die durchschnittliche Jahressteuerung im 2008 betrug 2.4%.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) führt einerseits zu Mehrerträgen beim sogenannten Ressourcenausgleich (direkter Finanzausgleich) und zu Entlastungen im Bereich Sozialversicherungen AHV/IV (wird zu einer Bundesaufgabe), andererseits zu Mehrbelastungen des Kantons u.a. in den Bereichen Heime und Werkstätten, Sonderschulheime, Prämienverbilligungen KVG und öffentlicher Verkehr (Wegfall Finanzkraftzuschläge und teilweise Kantonalisierung). Aufgrund der Korrektur eines Berechnungsfehlers (fehlerhafte Datenübermittlung des Kantons St. Gallen) erhält der Kanton Solothurn 6,6 Mio. Fr. weniger als budgetiert, obwohl sich der Ressourcenindex des Kantons gegenüber dem Vorjahr nicht verändert hat.

Staatssteuer/Steuergesetzrevision

Am 1. Januar 2008 trat eine vom Volk am 21. Oktober 2007 angenommene Teilrevision des Steuergesetzes in Kraft. Die Steuergesetzrevision beinhaltet Steuererleichterungen für die natürlichen und für die juristischen Personen. Es wurden die Tarife der Einkommens-, der Vermögens- sowie der Kapitalsteuer gesenkt. Zudem hat der Kantonsrat den Steuerfuss von 108 Prozent auf 105 Prozent gesenkt. Das führte im Jahr 2008 zu einem geschätzten Minderertrag von gut 52 Mio. Fr.. Die mit dieser Teilrevision ebenfalls in Kraft getretene starke Erhöhung der Abzüge für Versicherungsprämien und für Kinderbetreuungskosten wird erstmals im Jahr 2009 wirksam.

Treibstoffzollanteil, LSVA und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 9,7 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,6 Mio. Fr.) sowie der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 12,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 11,4 Mio. Fr.) und erstmals die Globalbudgetbeiträge des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA (1,4 Mio. Fr.) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung „Strassenbaufonds“ zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2008 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung verhandelt. Die Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) hat sich nach längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal und die Lehrpersonen an den Volksschulen um 2,0% auf der Basis der im Jahre 2007 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2008 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 29. Oktober 2007 (RRB Nr. 2007/1830) zugestimmt. Die daraus folgenden Mehrkosten von insgesamt rund 16,4 Mio. Fr. sind im Rechnungsabschluss enthalten.

Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen sind mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen (29,7 Mio. Fr.) und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (43,3 Mio. Fr.) in der Rechnung enthalten. Die Investitionsbeiträge (2008: 5,0 Mio. Fr.) werden seit dem 1.1.2008 in der Investitionsrechnung aktiviert, jedoch gleichzeitig in der Erfolgsrechnung zu 100% abgeschrieben.

Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende Rückstellungen erhöht:

- Für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn wurde die bestehende Rückstellung um 48,4 Mio. Fr. auf 60,1 Mio. Fr. erhöht.
- Die Rückstellungen für gefährdete Steuerguthaben wurde um 6,0 Mio. Fr. aufgestockt.
- Für den Kantonsanteil der Ergänzungsleistungen wurden 6,0 Mio. Fr. zurückgestellt.

Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende Rückstellungen vermindert:

- In der Erfolgsrechnung konnten die Globalbudgetreserven gesamthaft um 6,0 Mio. Fr. reduziert werden.
- In der Investitionsrechnung konnten die Globalbudgetreserven gesamthaft um 10,4 Mio. Fr. reduziert werden.
- Die restliche Rückstellung von 1,5 Mio. Fr. für die Lohnnachzahlungen des Personals der Spitäler konnte vollständig aufgelöst werden, da die Forderungen beglichen sind.
- Die Rückstellung für die Bemessungslücke der Pauschalsubvention BBT von 2,2 Mio. Fr. konnte infolge Veränderung der Verbuchungspraxis aufgelöst werden.
- Die Rückstellung für den IV-Aufwand durch den neuen Finanzausgleich (NFA) konnte im 2008 um 9,6 Mio. Fr. vermindert werden, da die Verpflichtungen bezahlt wurden.

Per saldo erhöhten sich die Rückstellungen von 95,0 Mio. Fr. per 31. Dezember 2007 um 30,5 Mio. Fr. auf 125,5 Mio. Fr. per 31. Dezember 2008.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2008 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2008 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1)). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3. Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2008 enthält eine Lohnerhöhung von 2,0 %. Dies führte zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Verwaltung, kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte von rund 6,2 Mio. Fr. (ohne Sozialversicherungsbeiträge), die in den Budgets der Dienststellen enthalten sind. Die Besoldungen der Spitäler und der Fachhochschule sind in den Staatsbeiträgen an die Spitäler bzw. an die Fachhochschule enthalten.

Departement	Voranschlag 2008	Rechnung 2008	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'592'983	2'531'494	- 61'489	- 2,4
Staatskanzlei	2'921'578	2'866'606	- 54'972	- 1,9
Bau und Justiz	41'364'871	36'809'468	- 4'555'403	- 11,0
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	70'163'323	67'457'456	- 2'705'867	- 3,8
- Verwaltungspersonal	27'448'835	26'397'581	- 1'051'254	- 3,8
Finanz	49'382'393	47'792'728	- 1'589'665	- 3,2
Inneres				
- Polizei	44'157'779	44'170'101	12'322	0,1
- Verwaltungspersonal	36'494'321	36'159'220	-335'101	- 0,9
Volkswirtschaft	31'849'777	30'229'620	- 1'620'157	- 5,1
Gerichte				
- Richter	4'574'210	4'422'219	- 151'991	- 3,3
- Verwaltungspersonal	8'663'721	8'656'905	- 6'816	- 0,1
Total Besoldungen	319'613'791	307'493'398	- 12'120'393	- 3,8

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 12,1 Mio. Fr. oder 3,8%, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

Der bedeutendste Minderaufwand ist beim Bau- und Justizdepartement zu verzeichnen. Er beträgt 4,6 Mio. Fr. oder 11,0 % und ist v.a. auf die Abtretung des Unterhalts der Nationalstrassen an den Bund per 1. März 2008 zurückzuführen. Zum Zeitpunkt der Budgetierung waren die Einzelheiten dieses Geschäfts noch nicht bekannt.

Beim Departement für Bildung und Kultur wurden die Lehrerbesoldungen um 2,7 Mio. Fr. oder 3,8 % unterschritten. Dies ist hauptsächlich auf eine restriktive Klassenbildung in den Berufsbildungszentren und den Mittelschulen zurückzuführen.

Aufgrund der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarkts im 2008 wurden von den budgetierten Besoldungen des Volkswirtschaftsdepartementes 1,6 Mio. Fr. oder 5,1 % nicht ausgeschöpft.

Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2007 / Rechnung 2008

Departement	Rechnung 2007	Rechnung 2008	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'245'445	2'531'494	286'049	12,7
Staatskanzlei	2'823'353	2'866'606	43'253	1,5
Bau und Justiz	37'718'136	36'809'468	- 908'668	- 2,4
Bildung und Kultur				
- Lehrkräfte	65'335'255	67'457'456	2'122'201	3,2
- Verwaltungspersonal	24'818'664	26'397'581	1'578'917	6,3
Finanz	46'734'798	47'792'728	1'057'930	2,3
Inneres				
- Polizei	41'718'219	44'170'101	2'451'882	5,9
- Verwaltungspersonal	34'784'860	36'159'220	1'374'360	3,9
Volkswirtschaft	29'410'414	30'229'620	819'206	2,8
Gerichte				
- Richter	4'175'819	4'422'219	246'400	5,9
- Verwaltungspersonal	8'621'990	8'656'905	34'915	0,4
Total Besoldungen	298'386'953	307'493'398	9'106'445	3,0

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 9,1 Mio. Franken oder 3,0%. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die gewährte Lohnerhöhung per 1.1.2008 von 2,0% und Stufenanstiege zurückzuführen.

3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind sowie das Reinigungspersonal.

GB-Name	Pensenbestand per		Differenz	
	31.12.2007	31.12.2008	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3.5	3.5	0.0	0.0%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	19.7	19.9	0.2	1.0%
Drucksachen/Lehrmittel	6.9	6.9	0.0	0.0%
Total Behörden / Staatskanzlei	30.1	30.3	0.2	0.7%
Führungsunterstützung BJD	16.2	18.2	2.0	12.3%
Raumplanung	16.5	17.5	1.0	6.1%
Hochbau	57.0	56.3	-0.7	-1.2%
Strassenbau	150.0	120.1	-29.9	-19.9%
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.0	0.0	0.0%
Umwelt	53.2	48.8	-4.4	-8.3%
Denkmalpflege und Archäologie	9.8	9.6	-0.2	-2.0%
Geoinformationen	9.7	10.7	1.0	10.3%
Jugendanwaltschaft	7.5	7.4	-0.1	-1.3%
Staatsanwaltschaft	50.8	53.6	2.8	5.5%
Total Bau- und Justizdepartement	373.7	345.2	-28.5	-7.6%
Führungsunterstützung DBK	14.7	15.6	0.9	6.1%
Volksschulen und Kindergarten	46.4	45.9	-0.5	-1.1%
Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung,	35.1	35.5	0.4	1.1%
Kultur und Sport	17.3	16.7	-0.6	-3.5%
Mittelschulbildung	281.9	287.3	5.4	1.9%
Berufsschulbildung	246.0	261.9	15.9	6.5%
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	40.3	44.2	3.9	9.7%
Total Departement Bildung und Kultur	681.7	707.1	25.4	3.7%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	9.2	10.1	0.9	9.8%
Finanzen und Statistik	14.1	14.9	0.8	5.7%
Personalwesen	17.3	16.6	-0.7	-4.0%
Steuerwesen	195.3	187.7	-7.6	-3.9%
Informationstechnologie	39.3	39.1	-0.2	-0.5%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	172.4	171.3	-1.1	-0.6%
Staatsaufsichtswesen	5.6	6.6	1.0	17.9%
Total Finanzdepartement	453.2	446.3	-6.9	-1.5%
Gesundheit	35.0	35.0	0.0	0.0%
Soziale Sicherheit	56.4	60.5	4.1	7.3%
Öffentliche Sicherheit	79.9	81.7	1.8	2.3%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	90.0	92.1	2.1	2.3%
Justizvollzug	92.1	99.7	7.6	8.3%
Polizei	431.2	459.2	28.0	6.5%
Total Departement des Innern	784.6	828.2	43.6	5.6%
Führungsunterstützung VWD	9.8	11.1	1.3	13.3%
Wirtschaft und Arbeit	139.1	127.6	-11.5	-8.3%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	28.3	33.5	5.2	18.4%
Wald, Jagd und Fischerei	13.8	13.8	0.0	0.0%
Landwirtschaft	59.5	60.9	1.4	2.4%
Militär und Bevölkerungsschutz	35.3	36.0	0.7	2.0%
Total Volkswirtschaftsdepartement	285.8	282.9	-2.9	-1.0%
Gerichte	103.7	106.2	2.5	2.4%
Total Gerichte	103.7	106.2	2.5	2.4%
TOTAL Globalbudgets	2'712.8	2'746.2	33.4	1.2%

- Um den gestiegenen Anforderungen an die Flexibilität im Chauffeurdienst gerecht zu werden und einen neuen grösseren und dauernden Kurierauftrag zu erfüllen, wurde der Mitarbeiterbestand der Staatsgarage um eine Person erhöht. Eine längere Krankheit einer Mitarbeiterin machte die Erhöhung einzelner Pensen notwendig. Zudem übernahm **das Sekretariat des BJD** bis Ende 2008 einen Teil der Kosten eines Mitarbeiters des ARP, welcher auch dort die ausfallende Leistung eines Erkrankten kompensieren muss.
- Am 1. März 2008 traten 30 Mitarbeitende des Autobahnwerkhofes Oensingen in die neugegründete NSNW über. Zusätzlich wechselten 3 Mitarbeiter des **Amtes für Verkehr und**

Tiefbau, welche bis anhin im Bereich der Nationalstrassen tätig waren zum Bundesamt für Strassen. Für das Projekt Entlastung Region Olten musste das AVT hingegen verstärkt werden.

- Der Personalbestand der **Polizei** erhöhte sich beim Korpsbestand um 14 Pensen (Polizisten 9 Pensen und Polizeiliche Sicherheitsassistenten 5 Pensen), bei den Polizeischülern um 7 Pensen und bei den Zivilangestellten um 7 Pensen. In der letzten Gruppe sind ab 2008 jedoch auch das Reinigungspersonal und die Praktikanten mit 4,2 Pensen enthalten.
- Der Personalbestand im **Amt für Wirtschaft und Arbeit** ist stark von der Wirtschaftslage abhängig. Im ersten Halbjahr 2008 war die Konjunktur im Kanton Solothurn noch positiv geprägt und die Stellensuchendenzahlen entsprechend rückläufig.
- Der Zuwachs im **Amt für Gemeinden** ist auf die Besetzung von per 31.12.07 bestehenden Vakanz in der Gemeindeaufsicht und in den Zivilstandsämtern sowie auf die Anstellung eines Koordinators Gemeindefusionen (50%) und temporäre Pensenaufstockungen im Bürgerrecht und Zivilstandsdienst zurückzuführen.

3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 61,4 Mio. Fr. (Vorjahr 57,7 Mio. Fr.). Das sind 20,0 % der Bruttobesoldungen (Vorjahr 19,2 %). Die Erhöhung des Prozentsatzes ist auf die Aufhebung des Verzichts der Reduktion der PK-Arbeitgeberbeiträge aufgrund der SO+ Massnahme Nr. 33 (Zeitlich befristeter Verzicht (2003-2007) auf die Mitfinanzierung des Fehlbetrages durch den Arbeitgeber bzw. Sistierung der Mitfinanzierung des Kantons bei der Erhöhung des Deckungsgrades der Pensionskasse) zurückzuführen.

3.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über die Netto-Aufwendungen für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volks- schulen	Mittel- Schulen	Berufs- schulen	FH und Höhere Fachschulen (ab 06 ohne HFT)	Hoch- Schulen	Total
2004	117'084	52'364	31'684	25'978	25'617	252'727
2005	123'178	54'812	32'751	25'520	26'008	262'269
2006	123'628	54'457	41'535	35'292	27'104	282'016
2007	129'046	46'540	42'642	45'778	27'508	291'514
2008	162'517	49'963	46'705	82'126	27'396	368'707

Gegenüber der Rechnung des Vorjahres ist bei den Schulen insgesamt ein Mehraufwand von 77,2 Mio. Fr. festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Im Bereich der **Volksschulen** ist der Mehraufwand im Sonderpädagogischen Bereich insbesondere auf das Inkrafttreten der NFA zurückzuführen. Die Invalidenversicherung (IV) leistet ab 1.1.2008 keine Beiträge mehr an den Bereich Sonderpädagogik.
- Im Bereich der **Mittelschulen** ist der Mehraufwand von 3,4 Mio. Fr. hauptsächlich auf die höheren internen Verrechnungen für Miete + 1,3 Mio. Fr., höhere Besoldungen und neu abgegrenzte Ferien- und Überzeit + 1,1 Mio. Fr., höheren Sachaufwand + 0,4 Mio. Fr. und tiefere Beiträge von Gemeinden an den gymnasialen Unterricht während der obligatorischen Schulzeit – 0,3 Mio. Fr. zurückzuführen.
- Im Bereich der **Berufsschulen** ist der Mehraufwand von 4,1 Mio. Fr. auf die höheren internen Verrechnungen für Miete + 1,5 Mio. Fr., höhere Besoldungen Lehrkräfte und Lebo Lehrkräfte (neue Ausbildungsreglemente als Folge des Berufsbildungsgesetzes führen zu mehr Lektionen) + 1,7 Mio. Fr. sowie Sozialleistungen + 0,7 Mio. Fr. zurückzuführen.
- Bei der **Fachhochschule** ist der Mehraufwand auf die Erhöhung der Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschluss SGB 229/2004 vom 4.5.2005 zurückzuführen.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung - verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits - hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Fremdkapital*	1'618,8	1'482,9	1'351,5	1'337,2	1'133,3
Spezialfinanzierungen (netto)	39,9	43,3	47,4	33,6	46,4
Total fremde Mittel	1'658,7	1'526,2	1'398,9	1'370,8	1'179,7
./. Finanzvermögen	662,7	1'079,4	998,4	1'105,2	1'006,4
Nettoverschuldung	996,0	446,8	400,5	265,6	173,3

*) ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2008 total 62,9 Mio. Fr.)

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes wird nach Neuem Rechnungsmodell der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Abschnitt 1.2 in diesem Teil) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2004 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst

(in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
Passivzinsen (Sachgruppe 32)	49,3	45,9	40,2	36,9	34,6
Vermögenserträge (Sachgruppe 42*)	13,7	18,2	22,3	26,5	22,6
Nettozinsaufwand	35,6	27,7	17,9	10,4	12,0
Total Staatssteuern	665,2	703,6	711,5	814,5	774,8
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	5,4	3,9	2,5	1,3	1,6

*) exkl. Buchgewinne (Sachkonti 424/427/428)

Der Nettozinsaufwand von 12,0 Mio. Fr. liegt um 1,6 Mio. Fr. (+ 15,4 %) über dem Vorjahr. Er beträgt, gemessen am Ertrag der gesamten Staatssteuer, 1,6 %, d.h. von 100 Fr. Steuerertrag müssen 1,60 Fr. für den Nettozinsendienst ausgegeben werden. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die ATEL anstelle einer Dividende eine Aktiennennwertreduktion vorgenommen hat. Die Abgeltung daraus in der Höhe von 16,3 Mio. Fr. wurde erfolgsneutral der Beteiligung gutgeschrieben.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2008, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen 14 (Sachgüter), 15 (Konto bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr) und 16 (Investitionsgüter) ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2008 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen

Rechnung in Mio. Fr.	2007	2008
- Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per Ende Jahr	269,4	224,9
- Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	58,5	70,7
- Korrektur Abschreibungen 2006 (gem. Revisionsbericht)	1,3	
- Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr <u>vor</u> Abschreibungen	326,6	295,6
- Ordentliche Abschreibungen	32,7	29,6
- Ausserordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	69,1	
Restbuchwert per Ende Rechnungsjahr	224,8	266,0

In der Staatsrechnung 2008 wurden auf dem Verwaltungsvermögen ordentliche Abschreibungen von insgesamt 29,7 Mio. Fr. vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- ordentliche Abschreibungen von 10% auf Verwaltungsvermögen	29,6
- Abschreibungen für Wertberichtigungen öffentl. Verkehr 2008	0,1
- Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	29,7

Auf den Spezialfinanzierungen (Strassenbauten, usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 43,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 58,8 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.

Der Gesamtab Abschreibungssatz des Verwaltungsvermögen wird wie folgt berechnet:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2008	295,6
+ abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2008	43,3
= Total abzuschreibende Aktiven	338,9
Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	29,7
+ Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	43,3

= Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungsgrösse

73,0

Gesamtabschreibungssatz (in %) = $(73,0 \text{ Mio. Fr.} \times 100) / 338,9 \text{ Mio. Fr.}$

21,5%

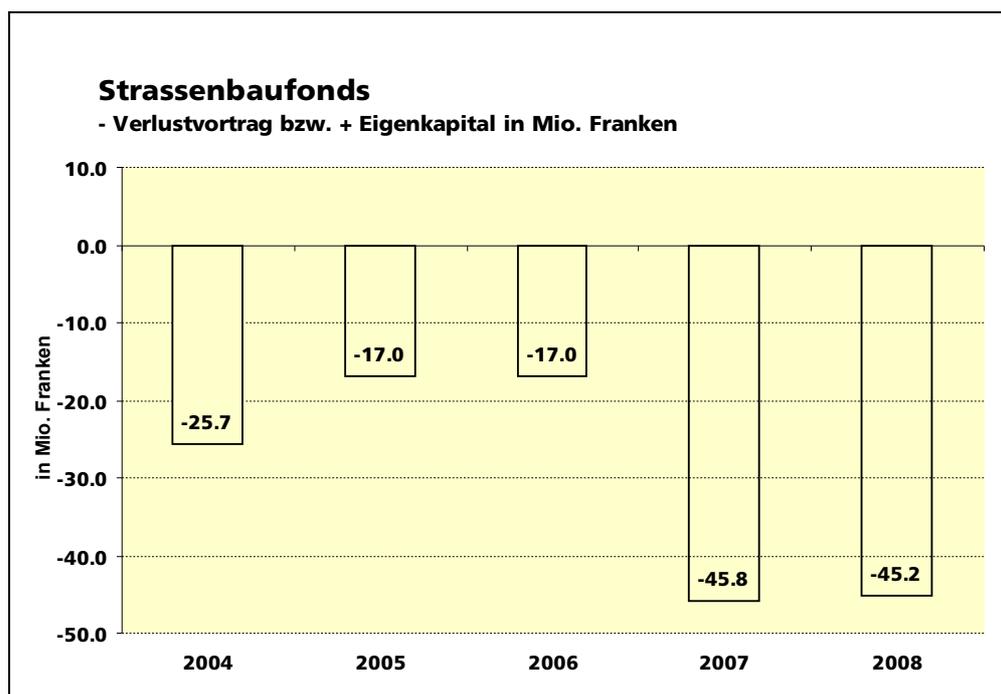
3.4.2 Finanzvermögen

Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von rund 24,0 Mio. Fr. (Vorjahr: 15,4 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justizadministration (ca. 2,8 Mio. Fr.), Gerichten (ca. 1,1 Mio. Fr.) und Sozialen Diensten (0,6 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten von insgesamt 18,6 Mio. Fr.:

	Mio. Fr.
Erlassene Staatssteuern Natürlichen Personen	1,2
Uneinbringliche Staatssteuern Natürlichen Personen	9,9
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristischen Personen	0,3
Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,5
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,8
Rückstellung Steuerausstände	6,0
Total	18,6

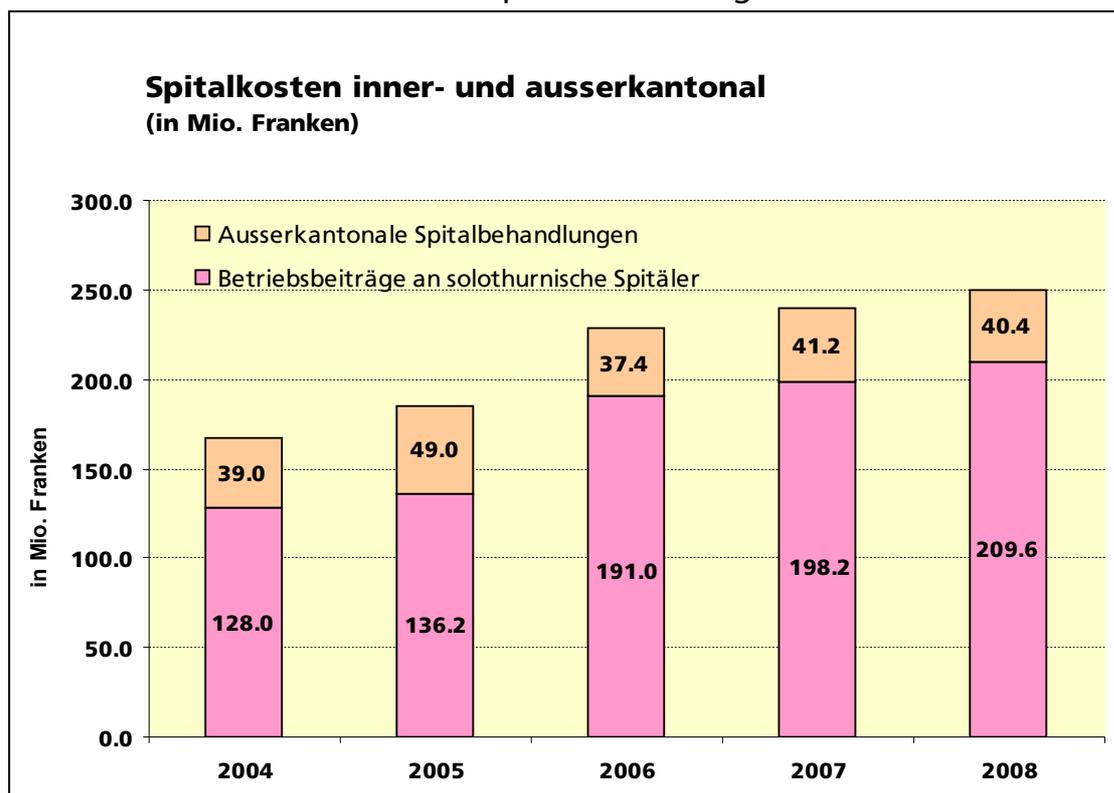
Die auf den Staatssteuern abgeschriebenene Beträge machen 2,4 % des gesamten Staatssteuerertrages aus und liegen damit deutlich über den Vorjahren (2006: 1,7 %; 2007: 1,4%).

3.5 Strassenbaufonds



Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung ‚Strassenbaufonds‘ gedeckt. Trotz der intensiven Bautätigkeiten im Zusammenhang mit der Eröffnung des Umfahrungsprojektes Solothurn West und den Flankierenden Massnahmen zur A5 sowie dem Beginn des Umfahrungsprojektes Olten (ERO) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2008 um 0,6 Mio. Fr. ab. Die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag ist auf tiefere Nettoinvestitionen als auch auf ein besseres Resultat des Globalbudgets „Strassenbau“ in der Erfolgsrechnung und den einmaligen Ertrag aus der Gründung des NSNW AG zurückzuführen. Die Fondsverschuldung sinkt auf 45,2 Mio. Fr. per Ende Jahr.

3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen



Die Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen netto 40,4 Mio. Fr. (2007: 41,2 Mio. Fr.) und liegen 9,6 Mio. Fr. unter dem Budget. Die Budgetunterschreitung ist auf höhere Rückerstattungen infolge verbesserter Spitalverträge (- 0,9 Mio. Fr.), weniger erhaltene Rechnungen (- 8,7 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Für die Solothurnischen Spitäler wurde wie budgetiert ein Betriebsbeitrag von 209,6 Mio. Fr. überwiesen. Darin enthalten ist auch der Mietzins inkl. Nebenkosten der Solothurnischen Spitäler AG (soH) von 31,9 Mio. Fr. an das Hochbauamt.

3.7 Soziale Sicherheit

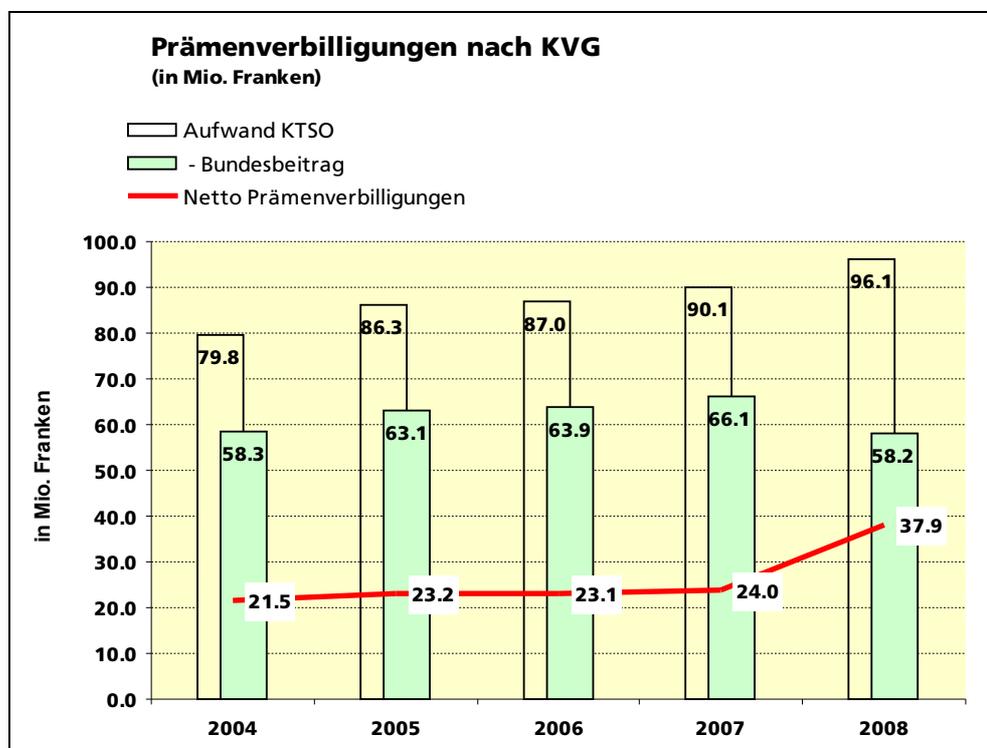
Im Bereich soziale Sicherheit ergaben sich mit dem Inkrafttreten der NFA auf den 1. Januar 2008 wesentliche Änderungen¹. Die Rechnungszahlen lassen sich daher nicht mehr mit den Zahlen der Vorjahre vergleichen.

Die Nettoaufwendungen für die Sozialversicherungen betragen, einschliesslich Verwaltungskosten, 88,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 91,5 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 162,3 Mio. Fr.). Die Rechnungen der einzelnen Versicherungen schliessen wie folgt ab:

- ¹ 1. Die Kantone werden aus der Mitfinanzierung von AHV und IV entlassen.
2. Bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV regelt und finanziert der Bund weitgehend die Deckung des Existenzbedarfes, während die Kantone die Übernahme der behinderungs- und krankheitsbedingten Kosten (Heimaufenthalt) regeln und allein finanzieren.
3. Der Bund und die IV ziehen sich aus der Finanzierung der Behinderteninstitutionen zurück und überlassen diese vollständig den Kantonen.
4. Neu sind die Kantone, beziehungsweise im Kanton Solothurn die Einwohnergemeinden, für die Finanzierung der Spitex verantwortlich.
5. Die Bundesfinanzierung der Prämienverbilligung KVG wurde neu geregelt.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Sozialgesetzes (SG) ändern auch die Finanzierungsschlüssel zwischen Kanton und Einwohnergemeinden. Neu wird ein fixer Verteilschlüssel bei den Ergänzungsleistungen festgelegt, der sich nach den §§ 54 und 172 SG richten wird.

- Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden wie budgetiert 104.7 Mio. Fr. (Vorjahr: 91,7 Mio. Fr.) aufgewendet. Davon wurden allerdings 8,7 Mio. Fr. zurückgestellt für 2009. Der Bundesbeitrag an die Aufwendungen betrug 58,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 66,1 Mio. Fr.). Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 46,6 Mio. Fr. (Vorjahr: 25,5 Mio. Fr.).



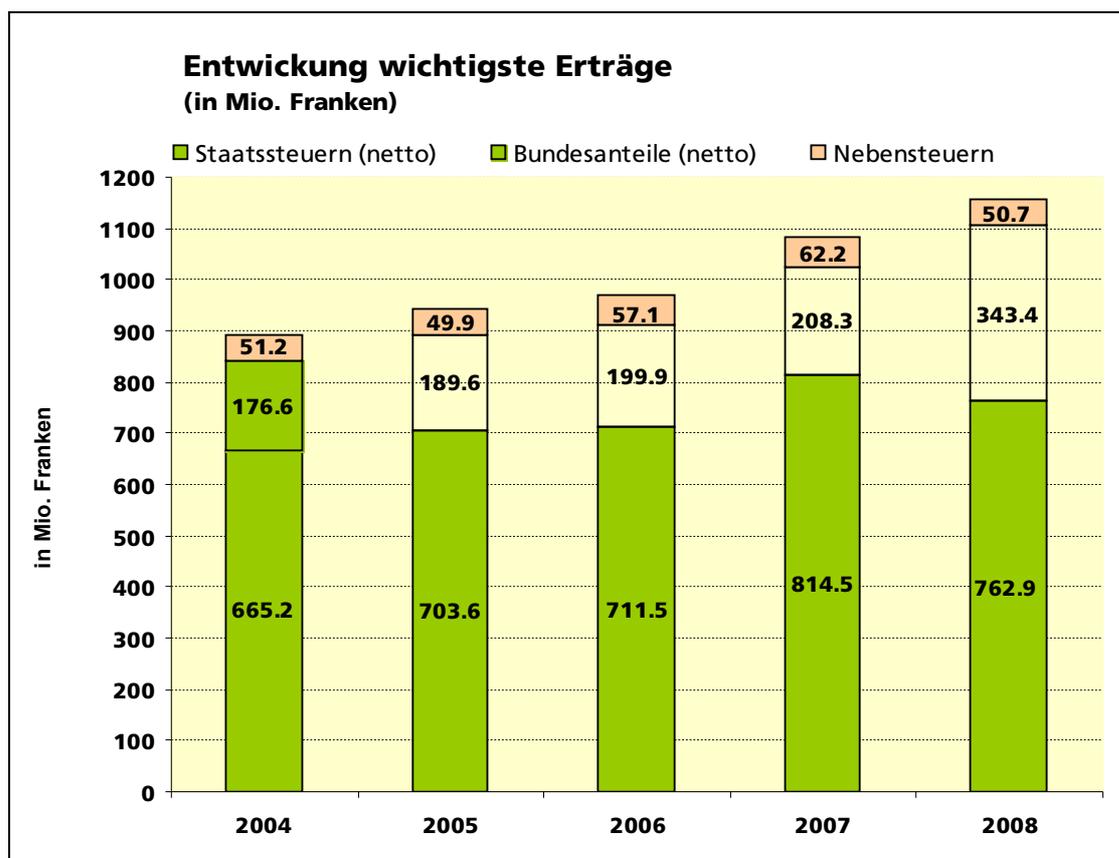
- Aus Ergänzungsleistungen zur AHV/IV mit einem Aufwand von 124,0 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem, allerdings erst geschätzten, Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 82,8 Mio. Fr. bleibt für den Kanton der Saldo von 41,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 40,0 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 46,0 Mio. Fr.) zu tragen.
- Der Aufwand für die Sozialversicherung AHV (erlassene AHV/IV/EO-Beiträge) und die Beiträge der Kantone an die FL (Familienzulagen in der Landwirtschaft) belaufen sich auf 1.3 Mio. Fr. (Budget 1,2 Mio. Fr., Vorjahr: 1,1 Mio. Fr.).

Der Nettoaufwand für die sozialen Dienste betrug 1,3 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 1,5 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 1,1 Mio. Fr.). Damit wurden Hilfeleistungen für Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, gewährleistet (Soforthilfe, längerfristige Hilfe, Entschädigung und Genugtuung). Aus dem Alkoholzehntel sind, für die Staatsrechnung kostenneutral, Projekte im Umfang von 852'000 Fr. unterstützt oder durchgeführt worden (Suchtprävention).

Die sozialen Institutionen belasteten den Kanton netto mit 57,2 Mio. Fr. (Voranschlag 2008: 55,9 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 5,9 Mio. Fr.). Für Beiträge an innerkantonale und ausserkantonale Behindertenwohnheime und Werkstätten (Subjektfinanzierung) sind Nettoaufwendungen von 55,5 Mio. Fr. angefallen, davon 24 Mio. Fr. an die Ergänzungsleistungen (Voranschlag 2008: 54,0 Mio. Fr.; Rechnung 2007: 4,0 Mio. Fr.).

Im Profit-Center Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen sowie die Asylrechnung ausgewiesen. Einem Aufwand (inkl. Verrechnungen und 3,3 Mio. Fr. Rückstellungen) von 18,0 Mio. Fr. steht ein Ertrag von 18,0 Mio. Fr. gegenüber.

4. Die grössten Ertragspositionen



Die wichtigsten Erträge sind gesamthaft angestiegen, hauptsächlich aufgrund der sehr guten konjunkturellen Wirtschaftslage 2008.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 343,4 Mio. Fr. vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 330,0 Mio. Fr. per Saldo um 13,4 Mio. Fr. übertroffen. Aufgrund der guten Wirtschaftslage hat sich der Anteil an der direkten Bundessteuer sowie die Verrechnungssteuer erhöht.

Die Zunahme der Bundesanteile gegenüber den Vorjahren ist insbesondere auf die erhöhten Finanzausgleichsbeiträge (NFA-Gelder anstelle des Finanzausgleichsbeitrages) zurückzuführen. Der Ertrag der Schweizerischen Nationalbank ist aufgrund des neuen Verteilschlüssels rückläufig. Aufgrund der NFA wird der Allg. Treibstoffzollanteil ab 1.1.2008 zu 100% dem Strassenbaufonds zugewiesen.

Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
- Reingewinn Nationalbank	0,2	- 0,2	-	-	-
- Ertrag Nationalbank	63,2	65,2	57,9	57,7	54,6
- Direkte Bundessteuer	40,4	43,9	47,5	49,7	55,3
- Verrechnungssteuer	8,5	13,1	13,8	14,8	21,0
- Finanzausgleichsbeitrag 1)	58,8	61,9	74,4	79,4	3,8
- NFA – Ressourcenausgleich	-	-	-	-	212,3
- NFA - Härteausgleich	-	-	-	-	- 4,1
- Anteil EU-Zinsbesteuerung	-	-	-	0,5	0,5
- Allg. Treibstoffzollanteil 2)	5,5	5,7	6,2	6,3	-
- LSVA	-	-	-	-	-
Total	176,6	189,6	199,8	208,3	343,4

- 1) Der Betrag von 3,8 Mio. Fr. im 2008 ist eine einmalige Nachzahlung des Bundes zur Abrechnung 2007 über den Finanzausgleich nach „altem“ Recht.
- 2) entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil und der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA), welche der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen werden.

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuer (in Mio. Fr.)	VA 08	RE 08	Diff. in Fr.	Diff. in%
- Staatssteuer nat. Personen*/**	573,0	605,3	+ 32,3	+ 5,6
- Staatssteuer jur. Personen*	126,0	133,5	+ 7,5	+ 6,0
- Finanzausgleichssteuer	12,0	13,6	+ 1,6	+ 13,3
- Bussen (Strafsteuer)	0,5	1,3	+ 0,8	+160,0
- Grenzgängerbesteuerung	1,2	1,7	+ 0,5	+ 41,7
- Grundstückgewinnsteuer (netto)	5,3	7,5	+ 2,2	+ 41,5
Total	718,0	762,9	+ 44,9	+ 6,3

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

***) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2008 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt deutlich über dem Voranschlag (+ 44,9 Mio. Fr. oder + 6,3%). Die ausgezeichnete Wirtschaftskonjunktur im Jahr 2007 führte nochmals zu höheren Steuererträgen im 2008 als budgetiert insbesondere bei den natürlichen und den juristischen Personen. Die starke Zunahme bei den Bussen ist mit dem Abbau von Pendenzen begründet.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2004 - 2008:

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	2004	2005	2006	2007	2008
- Staatssteuer nat. Personen*/**	581,2	577,1	564,5	599,9	605,3
- Staatssteuer jur. Personen*	70,7	109,1	127,4	180,6	133,5
- Finanzausgleichssteuer	7,1	10,9	12,1	17,1	13,6
- Bussen (Strafsteuer)	0,6	0,5	0,5	0,9	1,3
- Grenzgängerbesteuerung	1,1	1,3	1,3	1,5	1,7
- Grundstückgewinnsteuer (netto)	4,5	4,7	5,7	14,5	7,5
Total	665,2	703,6	711,5	814,5	762,9

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

***) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Abnahme beim Ertrag der Staatssteuern um 51,6 Mio. Fr. oder 6,3% festzustellen. Die Abnahme ist auf die Teilrevision des Steuergesetzes zurückzuführen (Geschätzter Minderertrag von 52 Mio Fr.).

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2008 rund 233,1 Mio. Fr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 31,8 Mio. Fr. aus den Jahren 1992 - 2006, 83,9 Mio. Fr. aus dem Jahr 2007 sowie 117,4 Mio. Fr. aus dem Jahr 2008. Die Höhe des Ausstandes ist eine Folge des gestiegenen Steuerertrages 2007 einerseits und erhöhter Zahlungsprobleme der Steuerpflichtigen andererseits.

Steuerausstand 1.1.2004	232'715'506 Fr.
Steuerausstand 1.1.2005	236'528'733 Fr.
Steuerausstand 1.1.2006	245'447'029 Fr.
Steuerausstand 1.1.2007	222'848'463 Fr.
Steuerausstand 1.1.2008	231'402'678 Fr.
Steuerausstand 31.12.2008	233'140'638 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2008	+ 1'737'960 Fr.

4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2008 liegt um 3,8 Mio. Fr. über dem Budget. Die ausgezeichnete Wirtschaftslage führte zu vermehrten Käufen und Verkäufen von Grundeigentum und Liegenschaften, was sich in einer Zunahme der Handänderungssteuer von 5,3 Mio. Fr. gegenüber dem Budget niederschlug.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	VA 08	RE 08	Diff. in Fr.	Diff. in%
- Handänderungssteuer	28,5	33,8	+ 5,3	+ 18,6
- Erbschaftssteuer	12,5	11,5	- 1,0	- 8,0
- Nachlasssteuer	5,0	4,8	- 0,2	- 4,0
- Schenkungssteuer	0,9	0,6	- 0,3	- 33,3
Total	46,9	50,7	+ 3,8	+ 8,1

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2004 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Fr.	2004	2005	2006	2007	2008
- Handänderungssteuer	30,0	27,9	33,9	40,9	33,8
- Erbschaftssteuer	15,7	15,5	16,0	14,9	11,5
- Nachlasssteuer	4,6	5,9	6,2	5,3	4,8
- Schenkungssteuer	0,9	0,6	1,0	1,1	0,6
Total	51,2	49,9	57,1	62,2	50,7

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 50,7 Mio. Fr. auf dem Niveau der Jahre 2004 und 2005.

Beilage 2 zum Geschäftsbericht 2008

Berarbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und Volksaufträge am 31. Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis

1 Behörden.....	5
1.1 Volksmotionen.....	5
1.2 Volksaufträge.....	5
1.3 Parlamentarische Initiativen.....	5
1.4 Aufträge.....	5
1.5 Motionen.....	5
1.6 Postulate.....	5
2 Staatskanzlei.....	5
2.1 Volksmotionen.....	5
2.2 Volksaufträge.....	5
2.3 Parlamentarische Initiativen.....	5
2.4 Aufträge.....	5
12. März 2008 Auftrag Fraktion FdP: Änderung Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG): Überprüfung der Weitergabe visuell aufgezeichneter Daten	5
2. Dezember 2008 Auftrag Jakob Nussbaumer (CVP, Lohn-Ammannsegg): Neugestaltung Amtsblatt	5
3. Dezember 2008 Auftrag Fraktion FdP: Nachhaltigkeits-Check bei politischen Vorlagen	6
2.5 Motionen.....	6
2.6 Postulate.....	6
3 Bau- und Justizdepartement.....	6
3.1 Volksmotionen.....	6
3.2 Volksaufträge.....	6
3.3 Parlamentarische Initiativen.....	6
3.4 Aufträge.....	6
9. November 2005 Neuer Autobahnzubringer zur A1 (Überparteilich).....	6
6. September 2006 Für mehr Sicherheit beim Bippelisi (Irene Froelicher, FdP).....	7
26. Juni 2007: Globalbudget Strassenbau ER und IR: Sicherstellung der Substanzerhaltung der Kantonsstrassen (UMBAWIKO)7	
30. Oktober 2007 Energieleitbild für kantonale und durch den Kanton Solothurn subventionierte Bauten und Anlagen (Überparteilich).....	8
31. Oktober 2007 Renovation und Umbau des Kantonsratssaals (Ratsleitung).....	8
7. November 2007: Anpassung des Kapitels Telekommunikation VE-6.3. des kantonalen Richtplanes (Fraktion FdP).....	8
7. November 2007 Aufnahme Konzept Busangebot Region Solothurn in das öV-Mehrjahresprogramm 2008-2009 (Überparteilich).....	9
12. März 2008 Prüfung der Neuorganisation erstinstanzlicher Strafgerichtsbarkeit (Fraktion SP/Grüne).....	9
12. März 2008 Massnahmenplanung Hochwasserschutz (Fraktion FdP).....	9
12. März 2008 Verbessertes Hochwasserschutz im Niederamt und Olten (Überparteilich).....	9
28. Oktober 2008 Schaffung eines Klimafonds Solothurn (Überparteilich).....	10
2. Dezember 2008 Umsetzung der Agglomerationsprogramme u. Schaffung regionaler Trägerschaften (Fraktion CVP/EVP) ..	10
3.5 Motionen.....	10
3.6 Postulate.....	10
7. Mai 2003 Aufhebung der Spezialgerichte – Integration ins Verwaltungsgericht (Fraktion FdP/JL).....	10
17. März 2004 Massvolle Wasserrechtsgebühren (Fraktion FdP/JL).....	11
2. November 2004 Massnahmen gegen die zunehmende Verschmutzung des öffentlichenRaums (Barbara Banga, SP).....	11
6. Juli 2005 Unterzeichnung der Protokolle von Strafgerichtsverhandlungen (Hans-Rudolf Lutz, SVP).....	11
4 Departement für Bildung und Kultur.....	12
4.1 Volksmotionen.....	12
4.2 Volksaufträge.....	12
4.3 Parlamentarische Initiativen.....	12
4.4 Aufträge.....	12
11. Mai 2005 Einführung von Schulverträgen in der obligatorischen Schulzeit (Fraktion FdP/JL).....	12
6. Dezember 2006 Änderung der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz; Kompetenzen der Schulkommissionen (Fraktion FdP).....	12
14. März 2007 Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge und der Vollzugsverordnung zum Gesetz (Fraktion SP/Grüne).....	12
15. Mai 2007 Inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Sek-I-Reform (Heinz Müller, SVP)	13
30. Oktober 2007 Sprachkompetenz in der Berufsbildung (Verena Meyer, FdP).....	13

12. Dezember 2007 Schaffung von Tagesschulen (Auftrag Fraktion SP/Grüne).....	13
29. Oktober 2008 Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen (Verena Meyer, FdP).....	14
3. Dezember 2008 Wiedereinführung von Schulnoten auf allen Schulstufen (Thomas Eberhard, SVP).....	14
3. Dezember 2008 Schaffung von genügend Ausbildungs- und Beschäftigungsplätzen für Behinderte Jugendliche (Urs Wirth, SP).....	14
3. Dezember 2008 Ausbildungsmöglichkeiten und -unterstützung für nicht stufengerecht ausgebildete Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I (überparteilich).....	14
4.5 Motionen.....	15
4. Mai 2005 Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte (Fraktion FdP/JL).....	15
4.6 Postulate.....	15
20. Juni 2000 Subventionierung des 10. Schuljahres (Kurt Zimmerli, FdP/JL).....	15
17. Juni 2003 Wiedereinführung der Schulnoten ab der 2. Klasse der Primarschule (Michael Heim, CVP).....	16
5. November 2003 Offensive für politische Bildung (Michael Heim, CVP).....	16
11. Mai 2005 Leistungsvergleiche bzw. Querschnittsvergleiche (Fraktion FdP/JL).....	16
11. Mai 2005 Konzeptentwicklung zur Differenzierung von Förderung und Selektion (Fraktion SP).....	16
5 Finanzdepartement.....	17
5.1 Volksmotionen.....	17
5.2 Volksaufträge.....	17
5.3 Parlamentarische Initiativen.....	17
5.4 Aufträge.....	17
14. März 2007 Spezialbestimmungen über den Finanzhaushalt auf Gesetzesstufe regeln (Roland Heim, CVP).....	17
16. Mai 2007 Auflösung des Dienstverhältnisses von Kadermitarbeiterinnen und- mitarbeitern der kantonalen Verwaltung (GPK)	17
16. Mai 2007 Qualitätssicherung im Bereich der Mitarbeiterbeurteilung in der kantonalen Verwaltung (GPK)	18
12. Dezember 2007 "Standesinitiative: Wahrung der Steuerhoheit!" (Heinz Müller, SVP)	18
12. März 2008 Gleichbehandlung der Staatsangestellten beim Beitrag an die familienergänzende Kinderbetreuung (Überparteilich)	18
26. August 2008 Steuerabzug für Beiträge an Sport und Kulturvereine (Fraktion FdP).....	19
5.5 Motionen.....	19
5.6 Postulate.....	19
25. Juni 2003 Spezialfinanzierung (Rolf Grütter, CVP)	19
5. November 2003 Arbeitsmarktzulage Polizeikorps (Fraktion SP)	19
4. Mai 2005 Flexibilisierung Pensionierung für Angestellte des Kantons Solothurn (Fraktion FdP/JL)	19
5.7 Planungsbeschlüsse.....	20
11. März 2008 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) (Finanzkommission)	20
6 Departement des Innern.....	20
6.1 Volksmotionen.....	20
6.2 Volksaufträge.....	20
6.3 Parlamentarische Initiativen.....	20
6.4 Aufträge.....	20
2. Februar 2005 Steigerung des Kostendeckungsgrads der öffentlichen Spitäler (Fraktion FdP/JL).....	20
16. Mai 2006 Weniger Sozialhilfeausgaben durch Anreizsystem zur beruflichen Integration von Behinderten (Urs Wirth,SP).21	21
17. Mai 2006 Einführung eines Bonus-Malus-Systems für die Erhebung der Motorfahrzeugsteuer (Fraktion SP/Grüne).....	21
30. Januar 2007 Schaffung eines überregionalen Spitalraums (Fraktion FdP).....	21
12. Dezember 2007 Einsammelaktion für Waffen aus Privatbesitz (Philipp Hadorn, SP).....	21
11. März 2008 Massnahmen im Bereich des Spracherwerbs erwachsener Migranten und Migrantinnen (Fraktion SP/Grüne).22	22
25. Juni 2008 Eindämmung des übermässigen Alkoholkonsum durch Jugendliche (Fraktion CVP/EVP).....	22
25. Juni 2008 Einführung eines kantonalen Impfprogrammes gegen den HPV-Virus bei Mädchen ab 11 Jahren (Annekäthi Schluop, FdP).....	22
25. Juni 2008 Kantonales Krebsregister (Fraktion SP/Grüne).....	22
3. September 2008 Verteilung der Integrationskosten (Heinz Müller, SVP).....	23
28. Oktober 2008 Aktionsprogramm für die Jugendarbeit in den Vereinen (Fraktion CVP/EVP).....	23
6.5 Motionen.....	23
6.6 Postulate.....	23
6. Juli 2005: Steuerbefreiung für gasbetriebene Fahrzeuge (Alexander Kohli, FdP).....	23

7 Volkswirtschaftsdepartement	23
7.1 Volksmotionen.....	23
7.2 Volksaufträge.....	23
7.3 Parlamentarische Initiativen.....	23
7.4 Aufträge.....	23
6. Dezember 2006 Der Kanton Solothurn ergreift die Initiative für ein interkantonales Konkordat über ein Hundegesetz (Fraktion CVP/EVP).....	23
30. Januar 2007 Neugestaltung Finanzausgleich (Fraktion SP/Grüne).....	24
30. Oktober 2007 Das Niederamt als Standort eines neuen Kernkraftwerks sichern (Überparteilich).....	24
31. Oktober 2007 Aufbau einer Fachstelle Bienenhaltung im Kanton Solothurn (Umbawiko-Ausschuss Landwirtschaft).....	25
26. August 2008 Änderung der Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich.....	25
7.5 Motionen.....	25
24. März 1993: Aufgabenteilung (Peter Kofmel, FdP).....	25
7.6 Postulate.....	26

1 Behörden

1.1 Volksmotionen

1.2 Volksaufträge

1.3 Parlamentarische Initiativen

1.4 Aufträge

1.5 Motionen

1.6 Postulate

2 Staatskanzlei

2.1 Volksmotionen

2.2 Volksaufträge

2.3 Parlamentarische Initiativen

2.4 Aufträge

12. März 2008 Auftrag Fraktion FDP: Änderung Informations- und Datenschutzgesetz (InfoDG): Überprüfung der Weitergabe visuell aufgezeichneter Daten

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zu den notwendigen Gesetzesänderung vorzulegen, die die Weitergabe visuell aufgezeichneter Daten im Rahmen von § 16bis InfoDG einer zwingenden, unabhängigen Überprüfung unterstellt.

Erledigt.

Der Auftrag wurde mit den Änderungen des Informations- und Datenschutzgesetzes erfüllt (KRB Nr. RG 007c/2007 und 009/2008), in Kraft seit 01.11.2008 (RRB Nr. 2008/1516). Visuelle Überwachungen (§ 16bis InfoDG) und die Weitergabe visueller Personendaten an Dritte (§ 16ter InfoDG) müssen vorgängig dem Beauftragten für Information und Datenschutz zur Prüfung vorgelegt werden (Vorabkontrolle im Sinne von § 32 Abs. 1 Bst. h InfoDG).

2. Dezember 2008 Auftrag Jakob Nussbaumer (CVP, Lohn-Ammannsegg): Neugestaltung Amtsblatt

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Neugestaltung des Amtsblattes zu prüfen, eventuell mit einem Anhang der einzelnen Amteien und deren Gemeinden, mit wichtigen Mitteilungen mit dem Ziel, das Volk des Kantons Solothurn besser zu orientieren.

Erledigt.

Der Auftrag wurde vom Kantonsrat erheblich erklärt und gleichzeitig abgeschrieben (KRB A 015/2008 vom 2. Dezember 2008).

3. Dezember 2008 Auftrag Fraktion FDP: Nachhaltigkeits-Check bei politischen Vorlagen
Der Regierungsrat wird beauftragt, nachhaltigkeitsrelevante Vorlagen an den Kantonsrat auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft zu beurteilen. Der Regierungsrat bestimmt die Art und Weise der Berichterstattung.

Unerledigt.

Die nachhaltigkeitsrelevanten Vorlagen werden definiert und eine Checkliste ist in Ausarbeitung.

2.5 Motionen

2.6 Postulate

3 Bau- und Justizdepartement

3.1 Volksmotionen

3.2 Volksaufträge

3.3 Parlamentarische Initiativen

3.4 Aufträge

9. November 2005 Neuer Autobahnzubringer zur A1 (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen neuen Autobahnzubringer vom Niederamt an die A1 im Rahmen des Agglomerationsprogramms «Netzstadt AarauOltenZofingen» und des Sachplanes Verkehr zusammen mit dem Kanton Aargau weiterzuverfolgen und die REPLA OGG periodisch über den Stand der Arbeiten zu orientieren.

Erledigt.

Das Agglomerationsprogramm Aareland (Netzstadt AarauOltenZofingen) sieht für das Niederamt die Erarbeitung eines Raumentwicklungskonzeptes vor. Im Auftrag des Departementes hat das Amt für Raumplanung gemeinsam mit dem Amt für Verkehr und Tiefbau eine Steuerungsgruppe zu diesem Thema eingesetzt. Die Gemeinden sind mit den Gemeindepräsidenten bzw. mit den Ressortverantwortlichen Bau/Planung vertreten. Die Steuerungsgruppe hat ihre Arbeiten am 2. Mai 2007 aufgenommen. Nach einer Analyse der Stärken und Schwächen der Region Niederamt hat die Steuerungsgruppe Leitsätze für die künftige Entwicklung dieses Raumes definiert. Das Thema Verkehr ist von den kommunalen Vertretern als prioritäres Handlungsfeld bezeichnet worden.

Für die Arbeiten an der Verkehrsstudie Niederamt ist ein Planungsbüro beauftragt worden. Die Aufgabe lautete: Optimierung des Verkehrsnetzes unter Berücksichtigung der Gesamtstrategie Raumentwicklung Niederamt. Methodisch gliederte sich diese Arbeit in drei Phasen: (1) Analyse des Verkehrsangebotes und der Verkehrsstruktur, (2) Analyse der Projekte und Projektideen und (3) Machbarkeit und Bewertung der Lösungsansätze. Zum Vorgehen und zu den Zwischenresultaten der Studie ist regelmässig die Steuerungsgruppe konsultiert worden. An der Sitzung vom 11. Juni 2008 hat die Steuerungsgruppe vom Berichtsentwurf Kenntnis genommen.

Die nun vorliegende Studie untersucht die heutige Verkehrssituation im Niederamt, die Verkehrsentwicklung der letzten Jahre sowie die voraussichtliche zukünftige Entwicklung. Dabei wurden alle relevanten Projekte und Projektideen auf ihre verkehrsmässigen Auswirkungen im Hinblick auf einen Referenzzustand 2023 untersucht und beschrieben. Drei Handlungsalternativen stehen zur Diskussion: (1) Neubau einer direkten Strassenverbindung vom Niederamt zur Autobahn A1, (2) Aus- bzw. Umbau der

bestehenden Strassenverbindungen zur A1 und (3) Förderung von öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr.

Der Neubau einer direkten Strassenverbindung vom Niederamt zur Autobahn A1 kann angesichts der hohen Kosten und der geringen Entlastungseffekte nicht als Lösungsansatz empfohlen werden. Für einen Aus- bzw. Umbau kommen die Verbindung Gretzenbach – Kölliken und Däniken – Walterswil – Oftringen in Frage. Strassenumbau bedeutet keine neue Linienführung, sondern gezielte bauliche Eingriffe im Ausserorts- und im Innerortsbereich (z.B. Kurvenbegradigungen bzw. Verkehrsberuhigungsmassnahmen). Detaillierte Untersuchungen zu solchen Massnahmen fehlen heute im Wesentlichen noch. Erste Strassenumbauten wurden zudem bereits realisiert (z.B. Bereich Schulhaus Löchli in Däniken) oder sind in Planung (z.B. Ortsdurchfahrt Gretzenbach, Trottoir Rothackerstrasse in Walterswil). Die Studie zeigt auch Ansätze für Verbesserungen im öffentlichen Verkehr, wobei die Potenziale noch näher zu untersuchen sind. Die Schwachstellenanalyse im Langsamverkehr zeigt, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht. Mit der Kombination der Ansätze Strassenumbau und Förderung von öffentlichem Verkehr und Langsamverkehr kann – so das Fazit der Studie – die beste Wirkung erzielt werden: Nutzen für alle Verkehrsteilnehmer, Realisierungszeitplan in Abstimmung mit den finanziellen Rahmenbedingungen.

Die Steuerungsgruppe hat die Arbeiten an der Verkehrsstudie eng begleitet und am 29. Oktober 2008 verabschiedet.

6. September 2006 Für mehr Sicherheit beim Bippelisi (Irene Froelicher, FdP)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Massnahmen, welche die Verkehrssicherheit im Zusammenhang mit der Bahn «Bippelisi» erhöhen, raschmöglichst auszuführen.

Erledigt.

Die neue Lichtsignalanlage Baselstrasse / Obere Sternengasse ist in Betrieb. Bei der Durchfahrt der Bahn gehen sämtliche Verkehrsströme auf Rot. Zusätzlich ist auf der Baselstrasse ein LED Blinklicht «Achtung Strassenbahn» montiert. Die Baseltorkreuzung ist mit einer Lichtsignalanlage ausgerüstet, welche bei der Bahndurchfahrt die gleisequerenden Fahrzeuge stoppt. Der Fussgängerübergang Rosenweg wurde mit zusätzlicher Markierung und Absperrvorrichtungen abgesichert. Der Übergang wurde über längere Zeit mit Video überwacht. Zur Zeit werden die Aufnahmen ausgewertet. Der Fussgängerübergang Rötistrasse / Schänzlistrasse wurde ebenfalls mit einer neuen Lichtsignalanlage ausgerüstet. Mit dem Bundesamt für Verkehr laufen Abklärungen über die Möglichkeit, den Streckenabschnitt Baselstrasse St. Katharinen bis Josefskapelle mittels Drehlichter zu sichern. Im Weiteren wird die Realisierung einer einseitigen Lichtsignalanlage St. Josefskapelle geprüft. Der Stadteinfahrende Verkehr würde bei der Bahndurchfahrt gestoppt. Schon früher wurde die Signalisation und Markierung im obigen Abschnitt ergänzt.

Bahnseitig wurde am alten Rollmaterial die Beleuchtung verstärkt. Beim neuen Rollmaterial ist die Beleuchtung bereits standartmässig den neusten Anforderungen angepasst worden. Ebenfalls ist das Bremsverhalten bei den neuen Betriebswagen wesentlich verbessert worden.

Die vor dem Jahr 2008 ausgeführten Massnahmen sind dem Bericht per 31. Dezember 2007 zu entnehmen. Weitere Massnahmen sind gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 2006/872 vom 2. Mai 2006 in den nächsten Jahren geplant.

26. Juni 2007: Globalbudget Strassenbau ER und IR: Sicherstellung der Substanzerhaltung der Kantonsstrassen (UMBAWIKO)

Der Regierungsrat des Kantons Solothurn wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass der Mitteleinsatz für Erhaltungsmassnahmen im Bereich des Kantonsstrassennetzes dermassen erhöht wird, dass die Anlage-substanz auf längere Sicht keinen Wertverlust erleidet. Gemäss Studie der FHNW kann dieses Ziel nur erreicht werden, wenn jährlich 1,8 % des indexierten Anlagewertes von 1,8 Mia. Franken für die Substanzerhaltung eingesetzt werden (Indikator 215 im Globalbudget «Strassenbau»). Die Entwicklung des Strassenbaufonds ist jährlich im Rahmen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplnes (IAFP) darzulegen.

Erledigt.

Die Entwicklung des Strassenbaufonds wird im Rahmen des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans jährlich dargelegt. Der Indikator 131 «Mittleinsatz für Erhaltungsmaßnahmen, bezogen auf den Anlagenwert von 1,8 Mrd. Franken» wurde von > 1 % auf > 1,8 % erhöht. Es handelt sich um einen Dauerauftrag.

30. Oktober 2007 **Energieleitbild für kantonale und durch den Kanton Solothurn subventionierte Bauten und Anlagen (Überparteilich)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, bis Mitte 2008 ein Energieleitbild für kantonale Bauten zu erstellen. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, inwieweit diese Vorgaben auch für die durch den Kanton subventionierten Bauten anwendbar sind.

Erledigt.

Das für alle kantonalen Bauten und das Immobilienmanagement zuständige Hochbauamt ist seit 2004 im Qualitätsmanagement (nach ISO 9001) und seit 2005 im Umweltmanagement (nach ISO 14001) zertifiziert. Es erarbeitet jährlich ein Umweltprogramm, das auch Energiesparmassnahmen beinhaltet. Im Rahmen der QM- und UM-Rezertifizierung im Jahr 2008 wurde für das Hochbauamt zusätzlich ein «Energieleitbild» in Kraft gesetzt.

Für Neubauten gilt seitdem mindestens der Minergie-Standard; soweit technisch und wirtschaftlich vertretbar wird darüber hinaus der Standard Minergie-P (Passivhaus) angestrebt. Für Umbauten, Sanierungen und Unterhaltmassnahmen gilt der Minergie-Standard mindestens für alle zu sanierenden Bauteile.

Bei durch den Kanton subventionierten Bauten gelten mindestens die gesetzlichen Vorgaben. Soweit technisch und wirtschaftlich vertretbar wird darüber hinaus die sinngemässe Anwendung des HBA-Energieleitbildes empfohlen.

31. Oktober 2007 **Renovation und Umbau des Kantonsratssaals (Ratsleitung)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planung einer Sanierung des Kantonsratssaales weiter zu konkretisieren. Der Kantonsrat soll dabei in geeigneter Form einbezogen werden.

Erledigt.

Am 22. April 2008 hat der Regierungsrat, im Rahmen eines Seminars, die geplante Vorgehensweise und Finanzierung für die Erneuerung des Kantonsratssaales zustimmend zur Kenntnis genommen. Am 14. Mai 2008 hat der Kantonsrat zusätzlich die Ratsleitung beauftragt «Live-Übertragungen der Kantonsratssessionen im Internet» zu ermöglichen.

Am 2. September 2008 hat eine Projektgruppe, bestehend aus Vertretern der Kantonsrats-Fraktionen und dem Ratssekretär, der Staatskanzlei, der Denkmalpflege, des Amtes für Informatik und Organisation sowie des Hochbauamtes ein provisorisches Pflichtenheft verabschiedet. Mit einem geeigneten Wettbewerbsverfahren soll 2009 eine optimale Lösung gefunden werden. Die Baubotschaft ist für das Jahr 2010 vorgesehen, die Realisation im Jahr 2011.

7. November 2007: **Anpassung des Kapitels Telekommunikation VE-6.3. des kantonalen Richtplanes (Fraktion FdP)**

Das Kapitel 6.3 Telekommunikation des kantonalen Richtplanes wird mit einem zusätzlichen Beschluss ergänzt. Dieser lautet wie folgt: VE-6.3.7 «Die Mobilfunkbetreiber optimieren Antennenstandorte innerhalb der Bauzone vorgängig zum Baugesuchsverfahren in einem Dialog mit den Gemeinden (Konsensualverfahren)».

Unerledigt.

Der Regierungsrat hat mit Regierungsratsbeschluss Nr. 1543 vom 11. September 2007 Stellung genommen und sich bereit erklärt, den Auftrag folgendermassen umzusetzen: Das Kapitel 6.3 Telekommunikation des kantonalen Richtplans wird mit einem zusätzlichen Beschluss ergänzt. Dieser lautet wie folgt: VE-6.3.7 «Die Mobilfunkbetreiber optimieren Antennenstandorte innerhalb der Bauzone vorgängig zum Baugesuchsverfahren in einem Dialog mit den Gemeinden (Konsensualverfahren)». Das

Bau- und Justizdepartement hat - aufgrund der aktuellen Rechtssprechung durch das Bundesgericht - entschieden, das Kapitel Telekommunikation gesamthaft zu überprüfen. Es hat dazu eine kleine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Ergebnisse werden bis Mitte 2009 vorliegen. In der Zwischenzeit hat auch der Vorstand des Verbandes der Solothurnischen Einwohnergemeinden (VSEG) einen Antrag behandelt, für Standorte von Telekommunikationsanlagen das «Modell des Kantons Luzern», welches Vereinbarungen zwischen Kanton und Mobilfunkbetreibern vorsieht, ebenfalls im Kanton Solothurn einzuführen. Die Arbeitsgruppe wird sich auch damit befassen und dem Regierungsrat die entsprechenden Anträge unterbreiten.

7. November 2007 Aufnahme Konzept Busangebot Region Solothurn in das öV-Mehrjahresprogramm 2008-2009 (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das im Rahmen des Agglomerationsprogramms Solothurn erarbeitete Angebotskonzept für den öffentlichen Verkehr auf der Strasse dem Kantonsrat im Zusammenhang mit dem Mehrjahresprogramm Öffentlicher Verkehr 2008-2009 zu unterbreiten.

Erledigt.

Das optimierte Buskonzept Solothurn wurde mit dem Fahrplan 2009 (Fahrplanwechsel 14. Dezember 2008) eingeführt.

12. März 2008 Prüfung der Neuorganisation erstinstanzlicher Strafgerichtsbarkeit (Fraktion SP/Grüne)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Organisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit umfassend zu überprüfen. Er prüft dabei namentlich, ob und allenfalls in welchem Umfang die Anzahl der (Straf- und Zivil-) Gerichte der Amteien zu reduzieren ist.

Unerledigt.

Der Regierungsrat hat für die Überprüfung der Organisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit im Sinne des erheblich erklärten Auftrages eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe sind im Gang. Erste Ergebnisse sollen im Frühjahr 2009 vorliegen.

12. März 2008 Massnahmenplanung Hochwasserschutz (Fraktion FdP)

Das Kantonale Wasserbaukonzept soll im Frühjahr 2008 als Richtplananpassung behördenverbindlich erklärt werden. Gleichzeitig soll die aus dem Wasserbaukonzept resultierende erste Etappe der Massnahmenplanung Hochwasserschutz für einen Zeitraum von acht Jahren im Sinne von Ziffer 3.5 dem Kantonsrat vorgelegt und mit der Umsetzung begonnen werden.

Erledigt.

Die Wasserbauplanung 2009 des Kantons Solothurn, RRB Nr. 2008/1511 vom 2. September 2008, wurde dem Kantonsrat vorgelegt und von diesem in der Dezember-Session genehmigt. Die Wasserbauplanung wird jährlich nachgeführt.

12. März 2008 Verbesserter Hochwasserschutz im Niederamt und Olten (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Konzept «Hochwasserschutz Aare und Dünern» auszuarbeiten, um die gefährdeten und bekannten Gebiete im Niederamt und der Stadt Olten vor weiteren Hochwassern zu schützen.

Unerledigt.

Als Teil der Wasserbauplanung 2009 des Kantons Solothurn, RRB Nr. 2008/1511 vom 2. September 2008, ist das Wasserbauprojekt Hochwassersicherheit Aare, Abschnitt Olten bis Kantonsgrenze bei Aarau in Bearbeitung (Submission, Arbeitsvergabe mit RRB 2008/2296 vom 16. Dezember 2008). In der Folge wird die Hochwassersicherheit der Dünern in ca. 3 bis 4 Jahren angegangen werden. In-

sofern ist der Auftrag noch nicht (ganz) erledigt.

28. Oktober 2008 Schaffung eines Klimafonds Solothurn (Überparteilich)

Wir beteiligen uns an der Projekterarbeitung für die Schaffung eines regionalen Klimafonds. Der regionale Klimafonds hat zum Ziel, ein neben dem nationalen Emissionshandel funktionierendes und glaubwürdigen regionalen Emissionshandel zu lancieren. Die Beteiligung des Kantons an der Projekterarbeitung wird aufgrund konkreter Anfragen zu präzisieren und zu definieren sein. Die Federführung für die Projekterarbeitung und die allfällige Führung eines regionalen Klimafonds liegt in den Händen Privater und/oder privatrechtlicher Organisationen.

Erledigt.

Dem Kanton ergeben sich aus dem überwiesenen Auftrag keine unmittelbaren Aufgaben. Der modifizierte Auftrag sieht ein Engagement des Kantons erst vor, wenn seitens der Wirtschaft entsprechende Projekte vorliegen. Dessen ungeachtet haben aber anfangs 2009 Gespräche zwischen der Energiefachstelle, dem Amt für Umwelt und Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft insbesondere aus dem Kreis der Erstunterzeichner des parlamentarischen Vorstosses über mögliche zielführende Modelle stattgefunden. Das Amt für Umwelt hat angeboten, mit der Organisation einer Informationsveranstaltung die Idee eines regionalen Klimafonds in einem interessierten Kreis zu diskutieren.

2. Dezember 2008 Umsetzung der Agglomerationsprogramme und Schaffung regionaler Trägerschaften (Fraktion CVP/EVP)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, in einem Konzept aufzuzeigen, mit welchen regionalen Trägerschaften die ausgearbeiteten Agglomerationsprogramme umgesetzt werden sollen. Im Weiteren soll der Regierungsrat prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen für diese Trägerschaften benötigt werden und wie sich die Schaffung der Trägerschaften mit den Anliegen der Gemeindeautonomie und den sonstigen im Aufbau begriffenen regionalen Trägerschaften vereinbaren lässt.

Unerledigt.

Der Kantonsrat hat am 2. Dezember 2008 den Auftrag für erheblich erklärt. Unter der Federführung des Bau- und Justizdepartementes (Amt für Raumplanung) prüft eine breit abgestützte Arbeitsgruppe verschiedene mögliche Trägerschaftsmodelle und die sich in diesem Zusammenhang stellenden Fragen. Der Grundlagenbericht mit Vorschlägen zum weiteren Vorgehen soll bis Ende 2009 dem Regierungsrat zur Kenntnisnahme unterbreitet werden.

3.5 Motionen

3.6 Postulate

7. Mai 2003 Aufhebung der Spezialgerichte – Integration ins Verwaltungsgericht (Fraktion FdP/JL)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu überprüfen, ob und welche Spezialgerichte gemäss § 55 ff. Gesetz über die Gerichtsorganisation vom 13. März 1977 ins Verwaltungsgericht integriert werden können. Namentlich seien erwähnt: das kantonale Steuergericht, die kantonale Schätzungskommission, die kantonale Rekurschätzungskommission, die kantonale Finanzausgleichsrekurskommission, die kantonale landwirtschaftliche Rekurskommission, u.a.m.

Ein entsprechender Abänderungsantrag der Kantonsverfassung und der Gesetzgebung ist dem Parlament zu unterbreiten.

Unerledigt.

Die Überprüfung erfolgte, soweit die Finanzausgleichs-Rekurskommission, die Rekurs-Schätzungskommission in Gebäudeversicherungssachen und die Kantonale Landwirtschaftliche Rekurskommission betreffend, durch die Arbeitsgruppe «Selbständige Gerichtsverwaltung». Die Abschaffung dieser drei Re-

kurskommissionen war Bestandteil der Vorlage «Selbständige Gerichtsverwaltung», die Mitte 2004 vom Kantonsrat und, soweit die erforderlichen KV-Änderungen betreffend, am 28. November 2004 vom Volk beschlossen wurde. Soweit das Kantonale Steuergericht und die Kantonale Schätzungskommission betreffend, hat der Regierungsrat eine spezielle Arbeitsgruppe zur Überprüfung eingesetzt. Die Arbeitsgruppe hat eine Vorlage erarbeitet, die 2009 in die Vernehmlassung geschickt werden kann.

17. März 2004 Massvolle Wasserrechtsgebühren (Fraktion FdP/JL)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Gebühren für den Bezug von landwirtschaftlich genutztem Wasser wie folgt anzupassen:

1. Die im Kanton Solothurn erhobenen Gebühren sollen in vergleichbarer Höhe wie die von Nachbarkantonen erhobenen Gebühren liegen.
2. Für die Bewässerung von landwirtschaftlichen Kulturen ist eine allenfalls nach Fläche abgestufte Pauschale einzuführen.
3. Für die jährlich wiederkehrenden Bewilligungen ist ein administrativ vereinfachtes Verfahren mit reduzierten Gebühren vorzusehen.

Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Die Anliegen des Postulates werden im Rahmen der Revision der kantonalen Wasserrechtsgesetzgebung berücksichtigt. Das neue Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) ging im September 2006 in die Vernehmlassung, welche per 31. Januar 2007 abgeschlossen wurde. 2007/2008 wurde der Gesetzesentwurf überarbeitet und soll, nach der Beratung durch die UMBAWIKO und die FIKO, in der Märzsession 2009 im Kantonsrat behandelt werden.

2. November 2004 Massnahmen gegen die zunehmende Verschmutzung des öffentlichenRaums (Barbara Banga, SP)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, einen Ordnungsbussenkatalog zur kantonalen Abfallverordnung zu erlassen und die Polizeiorgane mit der Bussenerhebung zu ermächtigen.

Unerledigt.

2005 wurde im Sinne einer Präventivmassnahme die Littering-Kampagne «Aktion weniger Dräck» mit diversen speziellen Aktionstagen und Medienanlässen durchgeführt. Eine anschliessende Evaluation hat den erreichten Erfolg und den weiteren Handlungsbedarf aufgezeigt.

Aufgrund der Evaluationsergebnisse ist für die Jahre 2006 – 2010 ein Massnahmenplan ausgearbeitet worden, welcher für jedes Jahr konkrete Schwerpunktthemen festlegt und zum Ziel hat, die durch die vergangene Littering-Kampagne erreichten Erfolge zu sichern. Dabei sind auch Vorschläge für die Einführung von Ordnungsbussen Teil der Massnahmen und für das Jahr 2009 vorgesehen. Die gesetzlichen Voraussetzungen zur Einführung von Littering-Bussen auf kantonaler Ebene sind im neuen Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) entsprechend vorgesehen worden. Erst nach Rechtskraft des GWBA kann konkret mit der Einführung eines Ordnungsbussenkataloges begonnen werden. Die Ermächtigung der Polizeiorgane, bei Übertretungen des kantonalen Umweltrechts Bussen auf der Stelle gemäss Bussenliste zu erheben, ist dabei nicht als Ersatz für weitere Aufklärungs- und Präventivmassnahmen zu verstehen, sondern soll diese, wo sinnvoll ergänzen.

6. Juli 2005 Unterzeichnung der Protokolle von Strafgerichtsverhandlungen (Hans-Rudolf Lutz, SVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, Botschaft und Entwurf zur Änderung der Strafprozessordnung vorzulegen. Diese soll dahingehend geändert werden, dass die Aussagen angehörter Personen auch in der Hauptverhandlung nicht nur ihrem wesentlichen Inhalt nach zu protokollieren sind (§ 114 Abs. 1 stop), sondern dass das Protokoll am Schluss der Befragung von der abgehörten Person zu lesen oder ihr vorzulesen ist und dass das Protokoll zu unterzeichnen ist. Unterzeichnet die abgehörte Person nicht, ist der Grund anzugeben, wenn er bekannt ist. Die Motion wird als Postulat erheblich erklärt.

Unerledigt.

Nähere Überprüfung im Rahmen der Arbeiten für die Umsetzung der eidgenössischen Strafprozessordnung. Die Vorlage für die Einführungsgesetzgebung im Kanton Solothurn ging im Juni 2008 in die Vernehmlassung und kann voraussichtlich noch im 2009 dem Kantonsrat unterbreitet werden.

4 Departement für Bildung und Kultur

4.1 Volksmotionen

4.2 Volksaufträge

4.3 Parlamentarische Initiativen

4.4 Aufträge

11. Mai 2005 Einführung von Schulverträgen in der obligatorischen Schulzeit (Fraktion FdP/JL)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen der flächendeckenden Einführung von Geleiteten Schulen die Voraussetzungen zu schaffen, dass in jeder Schulgemeinde den jeweiligen Verhältnissen angepasste Schulvereinbarungen zwischen Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulbehörden eingeführt werden.

Erledigt.

Die Schulverträge werden als Teil des Rahmenkonzepts des Qualitätsmanagements für Kindergarten und Volksschule beschrieben. Das Element 5 "Gestaltung der Zusammenarbeit - Schulvereinbarung" umfasst Grundregeln für eine motivierende und geordnete Schulkultur und schafft Klarheit und Verbindlichkeit, was zum Wohlbefinden in einer förderlichen Schulkultur beiträgt. Das Konzept wurde im Herbst 2007 in regionalen Veranstaltungen eingeführt. Das QM-Element 5 wird mit Pilotklassen getestet und anschliessend eingeführt. Die flächendeckende Umsetzung ist bis spätestens im Jahr 2012 zu vollenden.

6. Dezember 2006 Änderung der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz; Kompetenzen der Schulkommissionen (Fraktion FdP)

Der Regierungsrat wird eingeladen, die Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz und seine Praxis dazu im Bereich der Zuständigkeiten der kommunalen Fachkommissionen bzw. der Schuldirektionen so anzupassen, dass klar ersichtlich ist, für welche der in § 71, § 72 und § 73 des Volksschulgesetzes aufgelisteten Aufgabenbereiche sowohl Aufsichtsfunktionen als auch Entscheidkompetenz an eine Fachkommission oder an eine Schuldirektion übertragen werden können.

Unerledigt.

Das Departement für Bildung und Kultur hat unter Einbezug des Einwohnergemeindeverbands eine Problemanalyse erstellt. Der Aufbau des Systems "Geleitete Schule" wird per 31. Juli 2010 abgeschlossen. Der in der Aufbauphase festgestellte Korrekturbedarf (Volksschulgesetz, Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz, Schulleitungsverordnung) soll auf den 1. August 2010 gesetzlich neu geregelt werden.

14. März 2007 Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge und der Vollzugsverordnung zum Gesetz (Fraktion SP/Grüne)

Der Regierungsrat wird ersucht Gesetz und Verordnung den veränderten Bedingungen anzupassen

und insbesondere die Bemessungsansätze zu erhöhen.

Erledigt.

Das Departement hat im Berichtsjahr Botschaft und Entwurf zu einer Änderung des Stipendiengesetzes ausgearbeitet. Diese Vorlage wurde vom Regierungsrat am 28. Januar 2008 zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Der Kantonsrat hat mit Beschluss vom 11. März 2008 diesen Auftrag als erledigt abgeschrieben.

15. Mai 2007 Inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Sek-I-Reform
(Heinz Müller, SVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung der Sek-I-Reform gemäss den in Botschaft und Entwurf zur Änderung des Volksschulgesetzes (als Folge der Reform der Sekundarstufe I) erläuterten und in den an den Kantonsrat verteilten Zusatzinformationen verdeutlichten inhaltlichen und organisatorischen Reformelementen, gemäss dem beschriebenen Kostenmodell, umzusetzen.

Unerledigt.

Mit RRB 2007/408 vom 12. März 2007 wurde dem Kantonsrat die Projektorganisation zur Umsetzung der Reform der Sekundarstufe I skizziert. Die Anliegen des Auftrages sind als Rahmenbedingung innerhalb der Projektbearbeitung zu beachten. Der Projektfortschritt läuft nach Plan.

30. Oktober 2007 Sprachkompetenz in der Berufsbildung (Verena Meyer, FdP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, bei der Revision des kantonalen Berufsbildungsgesetzes Rahmenbedingungen zu schaffen, welche es den kantonalen Berufsbildungszentren ermöglichen, bei allen Berufsschulklassen die Fremdsprache Englisch fest in die Studentafel zu integrieren oder, wenn dies nicht möglich ist, im Rahmen von Freikursen anzubieten.

Erledigt.

Der Kantonsrat hat das neue Gesetz über die Berufsbildung am 3. September 2008 erlassen. Der Unterricht in der Berufsfachschule richtet sich nach den einschlägigen bundesrechtlichen Vorgaben für den jeweiligen Lehrberuf. Ab dem Schuljahr 2008/09 steht den Berufslernenden an den Berufsfachschulen unseres Kantons ein erweitertes Freifachangebot im Fach Englisch zur Verfügung.

12. Dezember 2007 Schaffung von Tagesschulen (Auftrag Fraktion SP/Grüne)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zur Schaffung von Tagesschulen im Kanton Solothurn zu unterbreiten. Dabei sind folgende Vorgaben zu berücksichtigen:

- Die Gemeinden gewährleisten für Schülerinnen und Schüler des Kindergartens und der Volksschule den Besuch von schul- und familienergänzenden Betreuungsangeboten wie Tagesschulen, Mittagstischen und Aufgabenhilfen, indem sie eine bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen.
- Die Tagesschule umfasst den obligatorischen und fakultativen Schulunterricht sowie die Betreuung der Schülerinnen und Schüler über den Mittag und während der unterrichtsfreien Zeit.
- Der Besuch des Betreuungsangebots und des Mittagstisches ist freiwillig.
- Die Tagesschulen werden auf die Bedürfnisse der Kinder und Eltern und die Möglichkeiten der Gemeinde ausgerichtet.
- Die Gemeinden können für die Betreuungs- und Verpflegungskosten Gebühren vorsehen. Diese bemessen sich nach der Dauer der Betreuung, den finanziellen Verhältnissen der Eltern oder Erziehungsberechtigten und der Grösse der Familie.
- Die Finanzierung des Angebots durch Eigenleistungen der Eltern oder Erziehungsberechtigten, der Gemeinden, der Wirtschaft und subsidiär durch den Kanton ist aufzuzeigen.
- Die Gemeinden sind in der Umsetzung autonom, sie vereinbaren mit den lokalen Anbietern Qualitätskriterien.

Unerledigt.

Mit Beschluss vom 12. Dezember 2007 hat der Kantonsrat der auftragsähnlichen Volksinitiative "Familienfreundliche Tagesstrukturen in den Solothurner Gemeinden" zugestimmt. Gleichzeitig wurde der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat innert 15 Monaten Botschaft und Entwurf zum Begehren der Volksinitiative zu unterbreiten und mit dem Auftrag "Schaffung von Tagesschulen" zu koordinieren. Die BIKUKO hat an ihrer Sitzung vom 10. Dezember 2008 Botschaft und Entwurf zur Neubeurteilung zurückgewiesen. Die Kommission ist der Meinung, dass der Finanzierungsmodus nochmals hinterfragt werden muss. Ausserdem sollen die pädagogischen Ansprüche für die Betreuung, die Minimalstandards und die Schwelle der Gruppengrösse nochmals überprüft werden.

29. Oktober 2008 Anpassung Kantonsbeitrag an die Besoldungskosten der Musikschulen (Verena Meyer, FdP)

Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt, die Anpassung der Staatsbeiträge an die kommunalen Musikschulen in die laufenden Arbeiten der Arbeitsgruppe kommunale Musikschulen 08 einzubeziehen und dem Regierungsrat dazu einen Antrag vorzulegen. Anzupassen an die neuen Gegebenheiten der Musikschule im Qualitätsmanagement sind sowohl die Höhe als auch der Verteiler der Staatsbeiträge.

Unerledigt.

Die paritätische Arbeitsgruppe Musikschulen erarbeitet zurzeit zu Handen des DBK Bericht und Antrag zur Formulierung gesetzlicher Grundlagen unter Berücksichtigung der Controlling-Unterlagen für den Bereich der Musikschulen. Der Bericht liegt im 1. Semester 2009 vor.

3. Dezember 2008 Wiedereinführung von Schulnoten auf allen Schulstufen (Thomas Eberhard, SVP)

Das Departement für Bildung und Kultur wird beauftragt, die Revision des Promotionsreglementes für die Volksschule unter Einbezug der Forderung, Schulnoten auf allen Schulstufen einzuführen, zu prüfen.

Unerledigt.

Als Folge der Sek-I-Reform ist das Promotionsreglement auf den 1. August 2010 zu revidieren. Im Sinne der Einheit soll die Wiedereinführung von Noten auf der Primarschulstufe auf den gleichen Zeitpunkt erfolgen, was zu einer Totalrevision des Promotionsreglements führt.

3. Dezember 2008 Schaffung von genügend Ausbildungs- und Beschäftigungsplätzen für Behinderte Jugendliche (Urs Wirth, SP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Platzangebot an Ausbildungs- und Beschäftigungsplätzen für behinderte Schulabgänger von Sonderschulen zu überprüfen und gegebenenfalls - im Sinne der Verbesserung der Voraussetzungen zur beruflichen Integration - die notwendigen Massnahmen einzuleiten. Speziell seien dabei die Schnittstellen Schule, Ausbildung, Arbeit und Beschäftigung für Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen.

Unerledigt.

Im Moment laufen auf Chefbeamtenebene und in Absprache mit Sonderschulen und Werkstätten Vorarbeiten für einen Optimierungsvorschlag. Dieser wird in die beiden bereits beschlossenen Bedarfsplanungen (Wohnheime/Werkstätten und Sonderschulen) eingebaut, so dass voraussichtlich ab 2010/2011 eine konkrete Grundlage (Regierungsratsbeschluss) für die operative Umsetzung bestehen wird (neu ausgestaltetes Angebot).

3. Dezember 2008 Ausbildungsmöglichkeiten und -unterstützung für nicht stufengerecht ausgebildete Lehrpersonen auf der Sekundarstufe I (überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zur Behebung des Mangels an stufengerecht ausgebildeten Lehr-

personen auf der Sekundarstufe I folgende Massnahmen zu treffen:

1. Die Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz wird beauftragt, weiterhin ein berufsbegleitendes Aufbaustudium anzubieten, damit Primarlehrpersonen einen Abschluss als Sek-I-Lehrperson erwerben können.
2. Der Kanton und die Gemeinden unterstützen Lehrpersonen, die dieses Aufbaustudium, analog dem Modell bei der ehemaligen SEREAL-Ausbildung, absolvieren möchten.
3. Der Regierungsrat nimmt Verhandlungen mit den Sozialpartnern auf mit dem Ziel, den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) dahingehend zu ändern, dass nicht adäquat ausgebildete Lehrpersonen in Zukunft nach vier Jahren nicht mehr automatisch in ein unbefristetes Anstellungsverhältnis überführt, sondern in einem befristeten Anstellungsverhältnis belassen werden.

Unerledigt.

Eine namentliche Ist-Analyse wurde erstellt und der Ausbildungsbedarf erhoben. Für die Erlangung eines schweizerisch anerkannten Lehrdiplom muss berufsbegleitet mit einem Aufwand von acht Semestern gerechnet werden. Der modular aufgebaute Studiengang lässt eine berufsbegleitete Ausbildung grundsätzlich zu, lässt sich aber kaum stundenplantechnisch realisieren. Verhandlungen mit der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz sind angelaufen. Geprüft wird auch, ob ein Spezialkurs zusammen mit den Partnerkantonen AG, BL und BS angeboten werden kann, was aber zu einem Diplom ohne schweizweite Anerkennung führte. Für berufsbegleitete Studiengänge ist mit erheblichen Kosten zu rechnen.

4.5 Motionen

4. Mai 2005 Systemänderung Subventionierung Besoldungskosten der Lehrkräfte (Fraktion FdP/JL)

Anstelle des bisherigen Systems der Subventionierung der Besoldungskosten der Lehrkräfte soll neu eine Abgeltung über Schülerpauschalen erfolgen. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten, die den Systemwechsel vorsieht und die entsprechenden Gesetzesanpassungen vorschlägt.

Unerledigt.

Das AVK hat per 31. Mai 2006 eine Voruntersuchung und Konzeption ausgearbeitet. Diese bildet die Grundlage gesetzlicher Anpassungen aus Sicht des DBK. Die Systemänderung ist allerdings in einen umfassenderen Rahmen der Staatsleistungen zu stellen und ist in Zusammenhang mit dem Auftrag Fraktion SP/Grüne: Neugestaltung Finanzausgleich (28. Juni 2006) zu stellen. Die Paritätische Kommission Kanton-Einwohnergemeinden hat am 10. September 2007 beschlossen, das Thema sei zwingend mit der Abschaffung des indirekten Finanzausgleichs sowie gleichzeitiger Einführung eines Sozialindex zu bearbeiten. Zwischenzeitlich wurde von der paritätischen Kommission ein externes Büro beauftragt, eine Auslegeordnung über sämtliche Politikbereiche auszuarbeiten. Diese soll das Optimierungspotenzial aufzeigen und erste konkrete Schritte ermöglichen.

4.6 Postulate

20. Juni 2000 Subventionierung des 10. Schuljahres (Kurt Zimmerli, FdP/JL)

Der Regierungsrat wird gebeten, die notwendigen Grundlagen zu schaffen, dass die Eltern beim Besuch des 10. Schuljahres angemessen beteiligt werden können, ohne dass die Subventionen des Kantons verloren gehen.

Unerledigt.

Die organisatorische und finanzielle Führung des freiwilligen 10. Schuljahres wird in zweiter Priorität als Folgemassnahme auf die Strukturreform der Sekundarstufe I bearbeitet. Geplant ist die Angliederung des 10. Schuljahres an die Berufsbildung.

17. Juni 2003 Wiedereinführung der Schulnoten ab der 2. Klasse der Primarschule
(Michael Heim, CVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen dahingehend abzuändern, dass in der Primarschule künftig bereits ab der zweiten Klasse Schulnoten gesetzt werden.

Unerledigt.

Zusammen mit anderen politischen Vorstössen, welche Beurteilung, Förderung und Selektion von Schülerinnen und Schülern zum Thema haben, wird auch die Frage nach der Notengebung ab 2. Klasse behandelt. Die PH der FHNW hat eine Expertise erstellt. Als Folge der Sek-I-Reform ist das Promotionsreglement auf den 1. August 2010 zu revidieren. Im Sinne der Einheit soll die Wiedereinführung von Noten auf der Primarschulstufe auf den gleichen Zeitpunkt erfolgen, was zu einer Totalrevision des Promotionsreglements führt.

5. November 2003 Offensive für politische Bildung (Michael Heim, CVP)

Ich möchte den Regierungsrat bitten, die gegenwärtigen Instrumente im Bereich der politischen Bildung zu prüfen und ein Paket von zusätzlichen oder neuen Massnahmen vorzuschlagen. Zu diesen Massnahmen könnten beispielsweise die folgenden gehören:

1. Moderne und innovative Schul- und Lernformen, um den Schülerinnen und Schülern Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch zu vermitteln.
2. Polit-Tage an den Schulen. Diese könnten Präsentationen von Jungparteien, Podiumsdiskussionen mit Politikern oder Besuche von Parlamenten beinhalten.
3. Professionelle Erarbeitung eines modernen Lehrplanes und Umsetzung in einem attraktiven Lehrmittel.
4. Sicherstellung einer qualitativ hohen Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen.

Unerledigt.

Die PH FHNW hat einen Expertenbericht zur Thematik ausgearbeitet und den Handlungsbedarf aufgezeigt. Diese Erkenntnisse fliessen in die Entwicklung eines gemeinsamen D-CH Lehrplans (Lehrplan 21) ein. Im Frühjahr 2009 werden die Grundlagen vernehmlasst. Die Vernehmlassung des ausgearbeiteten Lehrplans 21 ist auf die 2. Hälfte 2011 geplant, die Implementierung soll 2012 erfolgen.

11. Mai 2005 Leistungsvergleiche bzw. Querschnittsvergleiche (Fraktion FdP/JL)

Wir fordern vergleichbare kantonale Leistungstests für alle Schülerinnen und Schüler ab der 1. Klasse jeweils am Ende des Schuljahrs, analog den ehemaligen Examen. Die Resultate zeigen Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, wo sie bezüglich Lernzielerreichung im kantonalen Vergleich stehen. So stärken wir das Wissen und das Selbstbewusstsein unserer Kinder. Es gilt, eine möglichst kostengünstige und einfache Form der Ausgestaltung zu finden.

Unerledigt.

Zusammen mit anderen politischen Vorstössen, welche Beurteilung, Förderung und Selektion von Schülerinnen und Schülern zum Thema haben, wird auch das Thema Leistungsmessungen bzw. Querschnittsvergleiche behandelt. Ausserdem gilt es, die EDK-Projekte «HarmoS» und «Leistungsmessungen» zu beachten. Die Kantone AG, BL, BS und SO haben eine gemeinsame Arbeitsgruppe eingesetzt, um gemeinsame Leistungsmessungen durchzuführen. Die Vernehmlassung zum Bildungsraum und HarmoS wurde Mitte Dezember 2008 gestartet und läuft bis Mitte 2009.

11. Mai 2005 Konzeptentwicklung zur Differenzierung von Förderung und Selektion (Fraktion SP)

Wir ersuchen den Regierungsrat, ein umfassendes Konzept zu erarbeiten, das die spezifischen Funktionen von Förderung, Schülerbeurteilung und Selektion an der Volksschule klärt. Es soll aufzeigen, wie bzw. welche Massnahmen zur Umsetzung notwendig wären. Das Konzept soll unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit erarbeitet und im Sinne der zeitgemässen gesellschaftlichen und erziehungswissenschaftlichen Entwicklungen realisiert werden. Es ist zu prüfen, ob dieses Konzept durch die Forschungs-

abteilung der PH Solothurn erarbeitet werden kann.

Unerledigt.

Das Konzept wurde von der PH FHNW ausgearbeitet und fliesst in die Schulentwicklungsprojekte "Bereichern und Beschleunigen" sowie "Lernen 21+" des Bildungsraums ein. Die Vernehmlassung zum Bildungsraum und HarmoS wurde Mitte Dezember 2008 gestartet und läuft bis Mitte 2009.

5 Finanzdepartement

5.1 Volksmotionen

5.2 Volksaufträge

5.3 Parlamentarische Initiativen

5.4 Aufträge

14. März 2007 Spezialbestimmungen über den Finanzhaushalt auf Gesetzesstufe regeln (Roland Heim, CVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die vorgeschlagenen Verfassungsbestimmungen zur Einführung einer Defizit- und Steuererhöhungsbremse auf Gesetzesstufe zu regeln sowie das Gesetz über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen in das ordentliche Recht (Kantonsratsgesetz) zu überführen, sofern das Volk dieser Gesetzesvorlage zustimmt.

Erledigt.

Der Kantonsrat hat am 29. August 2007 eine Änderung des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung und des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern zur Einführung einer Defizit- und Steuererhöhungsbremse beschlossen (RG 085/2007). Diese ist am 1. Januar 2008 in Kraft getreten. Das Gesetz über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen wurde mit Wirkung auf den 1. Januar 2009 in das Kantonsratsgesetz überführt (RG 102/2008).

16. Mai 2007 Auflösung des Dienstverhältnisses von Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern der kantonalen Verwaltung (GPK)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zusammen mit den Sozialpartnern den Gesamtarbeitsvertrag in folgenden zwei Punkten zu ändern:

1. Schaffung eines flexiblen und zeitgemässen Verfahrens zur Auflösung von Anstellungsverhältnissen von Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern.
2. Aufhebung der finanziellen Abgeltung des positiven Gleitzeitsaldos bei Kadermitarbeiterinnen und -mitarbeitern.

Sollte bis am 30. Juni 2008 keine Einigung erzielt werden können, wird der Regierungsrat beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zur Änderung des Staatspersonalgesetzes vorzulegen.

Erledigt.

Wir haben zusammen mit den Sozialpartnern für das oberste Kader folgendes ausgehandelt:

- Das Kündigungsverfahren wird vereinfacht, in dem auf eine Bewährungsfrist verzichtet werden kann, wenn wesentliche Gründe nach § 42 Abs. 4 des Gesamtarbeitsvertrages oder andere wichtige Gründe zur irreparablen Zerstörung des Vertrauensverhältnisses geführt haben.
- Ein positiver Gleitzeitsaldo kann nur finanziell abgegolten werden, wenn wegen ausserordentlicher Aufgaben vorübergehend Mehrarbeit geleistet werden muss, welche das zumutbare Mass überschreitet.

- Der Leistungsbonus wird von heute durchschnittlich 2,5% auf 5% erhöht; damit wird die Bandbreite für den individuell möglichen Leistungsbonus von bisher zwischen 0 bis 5% auf 0 bis 10% erweitert.

Die neue Regelung gilt ab 1.1.2009.

16. Mai 2007 Qualitätssicherung im Bereich der Mitarbeiterbeurteilung in der kantonalen Verwaltung (GPK)

Der Regierungsrat wird beauftragt, geeignete Massnahmen zur Qualitätssicherung im System der Mitarbeiterbeurteilung in der kantonalen Verwaltung zu ergreifen.

Unerledigt.

Wir haben der Fachhochschule Nordwestschweiz den Auftrag „MAB-LEBO PLUS, Qualitätsverbesserung und Qualitätssicherung bei den MAB-Prozessen in der Verwaltung des Kantons Solothurn“ erteilt. Dieser Auftrag beinhaltet drei Projektschritte:

- Bestandesaufnahme und Evaluation
- Weiterentwicklung der MAB-Prozesse
- Entwicklung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung.

Eine vom Personalamt geleitete Projektgruppe mit Vertretern der Verwaltung, der Gerichte und der Spitäler sowie der Personalverbände begleitet das Projekt, welches im Herbst 2007 gestartet wurde. Die Bestandesaufnahme und Evaluation konnte mit der Durchführung einer Grossgruppenkonferenz abgeschlossen werden. Ein Bericht der FHNW betreffend die Weiterentwicklung der MAB-Prozesse liegt vor; von der Projektgruppe wird zur Zeit eine Stellungnahme und Empfehlung zu Händen des Regierungsrates ausgearbeitet. Die Entwicklung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung wird im ersten Quartal 2009 abgeschlossen sein und in die vorerwähnte Stellungnahme zu Händen des Regierungsrates einfließen. Es ist vorgesehen, dass die Optimierungsmassnahmen per 2010 eingeführt werden.

12. Dezember 2007 "Standesinitiative: Wahrung der Steuerhoheit!" (Heinz Müller, SVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Vorschlag für eine Standesinitiative mit folgendem Begehren zu unterbreiten:

Der Bund soll sich gegenüber der Europäischen Union (EU) gegen jegliche Einmischung in die Steuerhoheit des Kantons Solothurn verwehren. Auch Kompromisse mit der EU, welche eine Beschneidung der Steuerhoheit unseres Kantons zur Folge haben, sind abzulehnen!

Unerledigt.

Wir werden im Verlaufe des Jahres 2009 dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf unterbreiten.

12. März 2008 Gleichbehandlung der Staatsangestellten beim Beitrag an die familienergänzende Kinderbetreuung (Überparteilich)

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Leistungsvereinbarung 2009-2011 eine Gleichbehandlung des Spitalpersonals innerhalb der Solothurner Spitäler AG für Beiträge an die familienergänzende Betreuung sicherzustellen.
2. Für den Zeitraum ab 1.7.2007-31.12.2008 wird der Regierungsrat beauftragt, mit der Solothurner Spitäler AG dafür zu sorgen, dass allfällige Benachteiligungen des Spitalpersonals gegenüber dem übrigen Staatspersonal ausgeschlossen werden.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, gesetzgeberisch tätig zu werden mit dem Ziel der Schaffung einer allgemeinen Regelung der finanziellen Unterstützung für familienergänzende Kinderbetreuung.

Erledigt.

Die kantonsweite Unterstützung der familienergänzenden Kinderbetreuung durch finanzielle Beiträge wurde sowohl in der Verwaltung wie auch in der Solothurner Spitäler AG unter Wahrung der geforderten Gleichbehandlung bzw. Vermeidung allfälliger Benachteiligungen fristgerecht realisiert. Die

entsprechende Verordnung zur Leistung finanzieller Beiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung wird vom Regierungsrat anfangs 2009 verabschiedet.

26. August 2008 Steuerabzug für Beiträge an Sport und Kulturvereine (Fraktion FdP)
Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Steuergesetz so anzupassen, respektive die Liste der gemeinnützigen Institutionen so zu ergänzen, dass der Abzug von Beiträgen an Sport- und Kulturvereine, welche Jugendförderung betreiben, als gemeinnützige Zuwendung möglich ist.

Unerledigt.

Das Steueramt entscheidet Gesuche von Vereinen und anderen Institutionen um Steuerbefreiung in Anwendung des geltenden Rechtes. Dieses lässt eine Änderung der Praxis ohne Gesetzesänderung nicht zu. Die Liste kann daher nicht erweitert werden.

Wir werden dem Kantonsrat im Rahmen der nächsten Teilrevision des Steuergesetzes einen entsprechenden Entwurf zur Gesetzesänderung unterbreiten.

5.5 Motionen

5.6 Postulate

25. Juni 2003 Spezialfinanzierung (Rolf Grütter, CVP)
Der Regierungsrat wird hiermit beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für die Abschaffung aller Spezialfinanzierungen und Fonds im Bereich der Rechnung des Kantons zu schaffen.

Unerledigt.

Das Finanzdepartement erachtet es als Daueraufgabe, die noch vorhandenen Spezialfinanzierungen zu hinterfragen und nach Möglichkeit aufzuheben. Zudem soll auch verhindert werden, dass neue Spezialfinanzierungen eingerichtet werden.

Mittelfristig nicht aufgehoben werden kann allerdings die Spezialfinanzierung „Strassenbaufonds“, da das Solothurner Volk in der Abstimmung vom 2. Juni 2002 einer zweckgebundenen Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer um 15 % zur Finanzierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten zustimmte. Der Zuschlag wird solange erhoben, bis dass die Nettokosten der Umfahrungsprojekte durch den Zuschlag gedeckt sind, maximal aber während 20 Jahren.

5. November 2003 Arbeitsmarktzulage Polizeikorps (Fraktion SP)
Der Regierungsrat wird eingeladen, auf den Besoldungen des Polizeikorps die Einführung einer Arbeitsmarktzulage gemäss § 7 Abs. 2 der Verordnung des Kantonsrats über die Besoldungen und die Arbeitszeit des Staatspersonals und der Lehrkräfte an kantonalen Schulen (BGS 126.51.1) zu prüfen.

Erledigt.

Gemäss § 10 des Gesamtarbeitsvertrages gehört es zu den Aufgaben der Gesamtarbeitsvertragskommission, Lohnvergleiche durchzuführen. Im Bereich der Polizeilöhne liegen die Resultate eines detaillierten Lohnvergleiches zwischen den Polizeikorps in der Nordwestschweiz vor. Dieser Lohnvergleich zeigt, dass die im Kanton Solothurn bezahlten Löhne bei der Polizei auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig sind.

4. Mai 2005 Flexibilisierung Pensionierung für Angestellte des Kantons Solothurn (Fraktion FdP/JL)

Die Angestellten des Kantons Solothurn werden mit 63.5 Jahren pensioniert. Wenn eine betriebliche Notwendigkeit nachgewiesen werden kann, sind Ausnahmen möglich. Diese Regelung entspricht nicht der heutigen Realität: Angestellte des Kantons können zwar vor dem Erreichen des jetzigen Pensionierungsalters, also mit 63.5 Jahren in Pension gehen, de facto aber nicht länger als 63.5 Jahre arbeiten.

Wir fordern deshalb die Anpassung der rechtlichen Grundlagen und die Einführung eines flexiblen Pensionierungsalters von 58 Jahren bis 67 Jahren.

Unerledigt.

Dieses Postulat wird im Rahmen des überparteilichen Auftrages Flexibilisierung der Altersgrenze für die Angestellten der kantonalen Verwaltung, der Solothurner Spitäler AG, der kantonalen und der Volksschullehrerschaft vom 27.08.2008 weiter bearbeitet.

5.7 Planungsbeschlüsse

11. März 2008 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) (Finanzkommission)

«Der Regierungsrat wird beauftragt, Massnahmen einzuleiten, die dazu führen, dass die Voranschläge der Finanzplanjahre 2009 bis 2011

- mindestens eine ausgeglichene Erfolgsrechnung
- einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 % und somit
- keine Neuverschuldung aufweisen.»

Unerledigt.

Für das Jahr 2009 konnte ein Voranschlag vorgelegt und vom Kantonsrat beschlossen werden, welcher die Vorgaben erfüllt (operativer Überschuss von 60,8 Mio CHF, Selbstfinanzierungsgrad 112%). Der IAFP 2010 – 13 und damit das Richtbudget für den Voranschlag 2010 wird zur Zeit erarbeitet. Daraus wird ersichtlich sein, ob der Planungsbeschluss auch im Zuge der Wirtschaftskrise für die Jahre 2010-13 eingehalten werden kann bzw. welche Massnahmen dazu ergriffen werden müssen.

6 Departement des Innern

6.1 Volksmotionen

6.2 Volksaufträge

6.3 Parlamentarische Initiativen

6.4 Aufträge

2. Februar 2005 Steigerung des Kostendeckungsgrads der öffentlichen Spitäler
(Fraktion FdP/JL)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Kostendeckungsgrad der öffentlichen Spitäler innert der nächsten 10 Jahre von heute ca. 60% auf mindestens 65% zu erhöhen.

Unerledigt.

Die Erledigung ist innerhalb der durch die Bundesgesetzgebung vorgegebenen Rahmenbedingungen nicht realisierbar. Am 1. Januar 2009 ist Art. 49a, Abs. 2 des revidierten KVG in Kraft getreten, wonach bei der Abgeltung der stationären Leistungen der kantonale Anteil mindestens 55% betragen muss (gemäss Übergangsbestimmungen spätestens ab 2017). Dies bedeutet für die bei der Berechnung der OKP-Tarife massgebenden anrechenbaren Kosten einen Basiskostendeckungsgrad von höchstens 45%. Der Gesamtkostendeckungsgrad kann nur unwesentlich darüber liegen, weil einerseits bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Kostendeckungsgrad 0% beträgt und andererseits die Zusatzleistungen für die Zusatzversicherten und die ambulanten Leistungen zwar einen Kostendeckungsgrad von 100% aufweisen (sollten), mengenmässig aber viel zu wenig ins Gewicht fallen.

16. Mai 2006 **Weniger Sozialhilfeausgaben durch Anreizsystem zur beruflichen Integration von Behinderten (Urs Wirth, SP)**

Es sind konkrete Massnahmen zu prüfen und umzusetzen, um private Unternehmen, insbesondere KMU zu sensibilisieren, zu unterstützen und zu begleiten, damit sie vermehrt behinderte und leistungsschwache Personen weiterbeschäftigen und neu beschäftigen. Im Weiteren wird der Regierungsrat beauftragt, zu prüfen, ob in den kantonalen Betrieben behinderte und leistungsschwache Personen vermehrt beschäftigt und mit welchen Massnahmen die Gemeinden für dieses Anliegen sensibilisiert und unterstützt werden können.

Erledigt.

Mit der fünften IV-Revision sind die Voraussetzungen von Bundes wegen geschaffen worden. Die IV-Stelle des Kantons Solothurn nimmt sich der Problematik umfassend an. Der Regierungsrat hat den Aufgabenbereich der bisherigen Kommission für Gleichstellung der Geschlechter erweitert und die Kommission umbenannt in Kommission zur Förderung der Chancengleichheit. Diese Kommission hat den Auftrag zu prüfen, wie weit der Kanton als Arbeitgeber in der öffentlichen Verwaltung entsprechende Arbeitsplätze bereitstellen kann.

17. Mai 2006 **Einführung eines Bonus-Malus-Systems für die Erhebung der Motorfahrzeugsteuer (Fraktion SP/Grüne)**

Die Regierung wird beauftragt, die nötigen Gesetzes- und Verordnungsänderungen vorzulegen, um die Motorfahrzeugsteuer mit Hilfe eines Bonus-Malus-Systems zu differenzieren. Zu berücksichtigen sind dabei einerseits ökologische Kriterien (Schadstoff-Emissionen) wie auch Energie-effiziente Antriebssysteme (z.B. Hybrid- und Elektroautos).

Unerledigt.

Vernehmlassungsverfahren für neues Steuersystem abgeschlossen (RRB Nr. 2008/589 vom 1. April 2008).

30. Januar 2007 **Schaffung eines überregionalen Spitalraums (Fraktion FdP)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, sobald die KVG-Revision beschlossen ist, bezüglich Spitalpolitik zu überprüfen, ob eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Bern mit dem Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Spitalraums unter dem revidierten KVG ohne Mehrkosten für den Kanton Solothurn möglich ist.

Erledigt.

Am 21. Dezember 2007 wurde im Rahmen der KVG-Revision die freie Spitalwahl beschlossen. Per 1. Januar 2012 wird – gesetzlich vorgegeben - nicht nur ein Spitalraum Nordwestschweiz entstehen, sondern ein Spitalraum Schweiz. Für den Kanton Solothurn ist der Spitalraum Schweiz bzw. die freie Spitalwahl mit Mehrkosten von rund 60 Mio. Franken verbunden, weil neu Kosten von Spitalbehandlungen übernommen werden müssen, die zuvor von den Zusatzversicherungen bezahlt worden sind. Der Spitalraum Schweiz bringt eine Kostenumverteilung von den Zusatzversicherern zu Lasten des Kantons Solothurn von rund 60 Mio. Franken, ohne dass sich an den erbrachten medizinischen Leistungen etwas ändern würde.

12. Dezember 2007 **Einsammelaktion für Waffen aus Privatbesitz (Philipp Hadorn, SP)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Durchführung einer Informationskampagne zu prüfen und die Zusammenarbeit mit weiteren interessierten Partnern zu suchen. Im Rahmen einer möglichen Orientierung ist der Öffentlichkeit das bestehende Angebot zur freiwilligen Abgabe von Waffen in Erinnerung zu rufen und es sind bestimmte Berufsgruppen über das erwähnte neue Melderecht zu informieren.

Unerledigt.

Der Auftrag wird schrittweise umgesetzt. Im Februar 2009 wird eine erste grössere Informationskam-

pagne erfolgen (Medienmeldung/ Internet-Auftritt der Polizei). Dabei wird die Gelegenheit benutzt, die Bevölkerung über die in der Zwischenzeit erfolgten Neuerungen in der Waffengesetzgebung zu informieren. Gleichzeitig wird der Bevölkerung angeboten, Waffen, an welchen man infolge der verschärften Bedingungen den Besitz und das Eigentum aufgeben will, gebührenfrei bei der Polizei zu deponieren.

Bis Mitte 2009 werden in einem zweiten Schritt Ärzte (in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarzt) und Inventurbeamte über ihre neuen Informationsrechte orientiert.

11. März 2008 **Massnahmen im Bereich des Spracherwerbs erwachsener Migranten und Migrantinnen (Fraktion SP/Grüne)**

Der Regierungsrat schafft die Grundlagen, dass neu eingewanderte Migranten und Migrantinnen innerhalb des ersten Jahres ihres Aufenthalts obligatorische Sprach- und Integrationskurse besuchen.

Unerledigt.

Im Rahmen der finanziellen Mittel und personellen Kapazitäten werden Angebote laufend ausgebaut. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass ein Deutschobligatorium gegenüber Einwanderern und Einwanderinnen aus der EU aufgrund der bilateralen Verträge nicht durchzusetzen ist.

25. Juni 2008 **Eindämmung des übermässigen Alkoholkonsum durch Jugendliche (Fraktion CVP/EVP)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Massnahmenpaket (mit z.B. Konsumverbot) vorzulegen, um den übermässigen Alkoholkonsum von Jugendlichen unter 16 Jahren wirksam einzudämmen.

Unerledigt.

Im Jahre 2009 werden die kantonal gesetzlichen Grundlagen erarbeitet. Aufgrund der bestehenden Praxis übernimmt der Kanton das Bundespräventionsprogramm.

25. Juni 2008 **Einführung eines kantonalen Impfprogrammes gegen den HPV-Virus bei Mädchen ab 11 Jahren (Annekäthi Schluep, FDP)**

Der Regierungsrat wird beauftragt ein Kantonales Impfprogramm gegen den HPV-Virus bei Mädchen ab 11 Jahren einzuführen.

Erledigt.

Mit RRB Nr. 2008/1512 vom 2. September 2008 wurde der Vertrag zwischen dem Impfstoffhersteller Sanofi Pasteur MSD AG, dem Gesundheitsamt des Kantons Solothurn und der Ärztekasse betreffend die Lieferung des Impfstoffes Gardasil einerseits sowie der Vertrag zwischen dem Gesundheitsamt des Kantons Solothurn, der Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn und der Ärztekasse betreffend Durchführung des HPV-Impfprogrammes im Kanton Solothurn andererseits genehmigt. Seit Mitte September 2008 läuft das HPV-Impfprogramm. Per Ende 2008 sind bereits rund 2'000 Impfungen erfolgt.

25. Juni 2008 **Kantonales Krebsregister (Fraktion SP/Grüne)**

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein kantonales Krebsregister zu führen, welches Statistiken zu Krebsinzidenz und -mortalität im Kanton Solothurn erstellt. Das Krebsregister stellt für ausgewählte Krebsarten Daten zur Verfügung, die eine Evaluation von Krebsbekämpfungsmassnahmen erlaubt. Das kantonale Krebsregister ist durch den Anschluss an ein bereits bestehendes Krebsregister anderer Kantone zu realisieren.

Unerledigt.

Der Kanton Solothurn liess das Krebsregister an der Gesundheitsdirektorenkonferenz Nordwestschweiz vom 10. November 2008 traktandieren. Es wurde beschlossen, Abklärungen zu treffen und an der nächsten Konferenz am 9. Februar 2009 zu entscheiden, ob ein gemeinsames Krebsregister geführt

und eine Arbeitsgruppe gebildet werden soll.

3. September 2008 Verteilung der Integrationskosten (Heinz Müller, SVP)

Der Regierungsrat soll Grundsätze für eine Beteiligung an den Integrationskosten und die Art und den Umfang der Kostenbeteiligung festlegen.

Unerledigt.

Der Auftrag wurde in das Arbeitsprogramm 2009 aufgenommen.

28. Oktober 2008 Aktionsprogramm für die Jugendarbeit in den Vereinen (Fraktion CVP/EVP)

Der Regierungsrat erstellt eine Situationsanalyse über die Vereinsjugendarbeit und die offene Jugendarbeit im Kanton Solothurn und in den Einwohnergemeinden. Die Situationsanalyse soll aufzeigen, welche Probleme die Jugendvereine, die Jugendabteilungen der Vereine und Verbände sowie die Träger der offenen Jugendarbeit beschäftigen.

Unerledigt.

Die Vorarbeiten sind angelaufen, um die Untersuchung im Jahre 2009 gemeinsam mit einer Fachhochschule zusammen durchzuführen.

6.5 Motionen

6.6 Postulate

6. Juli 2005: Steuerbefreiung für gasbetriebene Fahrzeuge (Alexander Kohli, FdP)

Die Regierung wird aufgefordert, gasbetriebene Fahrzeuge von der Motorfahrzeugsteuer für die Dauer von 2005 bis 2015 zu befreien.

Unerledigt.

Vernehmlassungsverfahren für neues Steuersystem abgeschlossen (RRB Nr. 2008/589 vom 1. April 2008).

7 Volkswirtschaftsdepartement

7.1 Volksmotionen

7.2 Volksaufträge

7.3 Parlamentarische Initiativen

7.4 Aufträge

6. Dezember 2006 Der Kanton Solothurn ergreift die Initiative für ein interkantonales Konkordat über ein Hundegesetz (Fraktion CVP/EVP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz bereits initialisierten Verhandlungen für eine Harmonisierung der Vorschriften über Zucht, Handel, Halten etc. von Hunden allgemein und von Hunden des Typs Pitbull u.ä. im Speziellen voranzutreiben. Nach Erreichen einer entsprechenden Harmonisierung im Raum Nordwestschweiz ist möglichst eine schweizweite Harmonisierung anzustreben, soweit zwischenzeitlich nicht eine einheitliche Lösungsvariante des Bundes vorliegt.

Unerledigt.

An der Plenarsitzung der Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) am 8. Juni 2007 in Solothurn haben die Regierungen der Kantone der NWRK auf Antrag des Kantons Solothurn bzw. der bereits an der Plenarsitzung der NWRK 2006 eingesetzten Arbeitsgruppe Koordination Hundegesetzgebung zur Kenntnis genommen, dass die Regelungen betreffend Hundehaltung in den Kantonen der Nordwestschweiz (NWCH) im Grundsatz bereits heute in weiten Bereichen übereinstimmen, und sich darauf geeinigt, zur Gewährleistung einer künftig materiell möglichst weitgehenden inhaltlichen Übereinstimmung der Gesetzgebung und des Vollzugs im Bereich der Hundehaltung in den NWCH-Kantonen im Sinne des Konvergenzprinzips generell alle kommenden Gesetzgebungs- bzw. -änderungsvorhaben (auf Gesetzes- wie auf Verordnungsstufe) der einzelnen NWCH-Kantone in Sachen Hundehaltung vorweg im Kreise der Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte der NWCH-Kantone (erweiterte Regionalkonferenz der Kantonstierärzte der NWCH) zwecks Erarbeitung von einheitlichen Empfehlungen zu Händen der für den Erlass bzw. die Änderung der betreffenden Gesetze oder Verordnungen zuständigen kantonalen Organe vorberaten zu lassen. Ebenso sollen entsprechende Vollzugs- und Verfahrensfragen vorweg in der erweiterten Regionalkonferenz der Kantonstierärzte der NWCH thematisiert werden.

Weiter sollen künftige Stellungnahmen der NWCH-Kantone in Vernehmlassungsverfahren des Bundes im Bereich der Hundehaltung im Sinne der Koordination und Gewährleistung einer möglichst einheitlichen Haltung der NWCH-Kantone vorweg in der erweiterten Regionalkonferenz der Kantonstierärzte der NWCH zwecks Erarbeitung von einheitlichen Empfehlungen zuhanden der für die Verabschiedung der Stellungnahmen der Kantone zuständigen kantonalen Organe beraten werden.

Die erweiterte Regionalkonferenz der Kantonstierärzte der NWCH erstattet jährlich über ihre diesbezügliche Tätigkeit Bericht zuhanden der Plenarsitzung der NWRK.

Aktueller Stand: Die Kantone BS, BL und SO vollziehen weiterhin die Bewilligungspflicht von acht Rassen. Diese Rassenliste wird regelmässig besprochen, ob sie reduziert oder erweitert werden soll; im Moment besteht kein kantonsübergreifender Änderungsbedarf. Der Kanton Bern prüft sein weiteres Vorgehen und der Kanton Aargau setzt in seinem Hundegesetz auf die Ausbildung der Hundehalter/innen.

Auf Bundesebene wird aktuell eine Verfassungsänderung betreffend dem Hundewesen angesteuert. Es besteht aus Sicht der Kantonstierärzte und Kantonstierärztinnen kein Handlungsbedarf in den NWCH-Kantonen, diesem Gesetzgebungsverfahren vorzugreifen.

30. Januar 2007 Neugestaltung Finanzausgleich (Fraktion SP/Grüne)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat im Verlauf der nächsten Legislaturperiode eine Vorlage zur Neugestaltung des Finanz- und Lastenausgleichs unter den Einwohnergemeinden zu unterbreiten. Die Vorlage soll den Stärken des bisherigen Systems, den Auswirkungen der erwähnten Reformprojekte und den Erkenntnissen der Aufgabenreform Kanton – Gemeinden Rechnung tragen. Sofern zweckmässig soll sich die Neugestaltung an der Methodik der am 28. November 2004 gutgeheissenen Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung Bund - Kantone ausrichten und eine Eliminierung des indirekten Finanzausgleichs anstreben.

Unerledigt.

Gemäss Stellungnahme des Regierungsrates wird der Auftrag im Verlauf der kommenden Legislatur 2009 - 2013 in Angriff genommen. Nach Abschluss der Arbeiten zur Aufgabenreform (vgl. auch Motion Aufgabenteilung Peter Kofmel, FdP) soll gemäss Planung des Amtes für Gemeinden eine eigene Projektorganisation implementiert werden (voraussichtlich bis Ende 2009). Danach soll ab dem Jahr 2010 - 2012 ein Konzept für einen neugestalteten Finanz- und Lastenausgleich erarbeitet und vorgelegt werden.

30. Oktober 2007 Das Niederamt als Standort eines neuen Kernkraftwerks sichern (Überparteilich)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich im Rahmen seiner Kompetenz aktiv bei allen Beteiligten aller Ebenen für den raschen Bau eines Kernkraftwerks (Gösgen II) im Niederamt einzusetzen, um so ein po-

sitives Signal zu setzen und einen Beitrag zur Schliessung der drohenden Stromlücke in der Schweiz zu leisten. Zudem wird er beauftragt, die straffe Durchführung des Bewilligungsverfahrens beim Bund und den Kantonen, insbesondere im Kanton Solothurn, zu unterstützen. Der Regierungsrat wird ersucht, in seiner Stellungnahme zu diesem Vorstoss auf folgende Fragen zu antworten:
Auf welche Art und Weise kann sich der Regierungsrat im Sinne des Auftrags einsetzen?
Welche Verfahren auf politischer Ebene und auf der Seite der Investoren sind im Sinne des Auftrages einzuleiten?

Unerledigt.

Am 10. Dezember 2007 fand unter der Leitung des Bundesamtes für Energie ein Kick-off Meeting mit den in einem künftigen Bewilligungsverfahren involvierten kantonalen Stellen, dem Bundesamt für Umwelt, dem Bundesamt für Raumentwicklung, Vertretern der ATEL, statt. Die Bundesbehörden informierten über die zeitliche Dimension des Rahmenbewilligungsverfahrens; die Vertreter der ATEL über den Stand der Arbeiten und ihre Bedürfnisse der Zusammenarbeit mit den kantonalen Stellen. So konnten insbesondere offene umwelt- und raumplanungsrechtliche Fragen erörtert und bereinigt werden.

Am 9. Juni 2008 hat die Kernkraftwerk Niederamt AG, eine Projektgesellschaft der Atel Holding AG (Atel) (heute Alpiq Holding AG), beim Bundesamt für Energie das Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues Kernkraftwerk im Solothurner Niederamt eingereicht. Mit dem Projekt will Atel (Alpiq Holding AG) einen wichtigen Beitrag zur langfristigen Sicherstellung der Schweizer Stromversorgung leisten. Über das Rahmenbewilligungsgesuch kann in letzter Instanz das Volk entscheiden.

31. Oktober 2007 Aufbau einer Fachstelle Bienenhaltung im Kanton Solothurn (Umbawiko-Ausschuss Landwirtschaft)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, den Aufbau einer Fachstelle «Imkerei, Bienen und Bienenhaltung» im Kanton Solothurn zu prüfen. Eine Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen ist anzustreben.

Unerledigt.

Die Arbeiten für den Aufbau einer Fachstelle Bienen sind abhängig vom künftigen Konzept für die Bienenförderung in der Schweiz. Ein entsprechender Bericht liegt vor und erste Vorentscheide sind gefallen. Die Umsetzungsarbeiten sind aber noch im Gange und verschiedene Rahmenbedingungen sind noch nicht geklärt. Der Kontakt zu den Nachbarkantonen ist hergestellt.

26. August 2008 Änderung der Steuerungsgrössen im direkten Finanzausgleich

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat in der September-Session 2008 die Steuerungsgrössen zum direkten Finanzausgleich 2009 zu unterbreiten, welche sich an den unter Ziffer 3.4.1 gemachten Ausführungen orientiert.

Erledigt.

Der Auftrag ist mit der KR-Vorlage vom 3. September 2008 (SGB 098/2008) erledigt worden.

7.5 Motionen

24. März 1993: Aufgabenteilung (Peter Kofmel, FDP)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zusammen mit den Einwohnergemeinden die vor Jahren begonnene Aufgabenreform energisch voranzutreiben.

Dabei sind fundamentale Reformen ins Auge zu fassen: Aufgabe, Verantwortung, Kompetenz und Finanzierungspflicht sind in der Regel der gleichen Körperschaft zuzuordnen.

Unerledigt.

Ausführliche Erläuterungen zu der bisherigen Entwicklung befinden sich im Geschäftsbericht 2007, p. 359. Im Folgenden die Entwicklung des aktuellen Berichtsjahres: Anfangs 2008 wurde eine Umfrage

bei 23 Gemeinden durchgeführt. Ziel der schriftlichen Umfrage war es, bezüglich der Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Einwohnergemeinden die hängigen Problemfelder aus Sicht der Gemeinden zu erheben. Im Juni 2008 hat die paritätische Kommission "Aufgabenreform" die Ergebnisse gesichtet und beschlossen, die Informationen in strukturierter Form vertieft aufbereiten zu lassen. Nach Konsultationen bei den fünf Departementen der kantonalen Verwaltung wird derzeit ein Expertenbericht erstellt, der den Handlungsbedarf im Bereich Aufgabenreform aufzeigen soll.

7.6 Postulate

Schlussbericht zur Umsetzung der SO+-Massnahmen per 31. Dezember 2008

Inhaltsverzeichnis

1 Ausgangslage.....	2
2 Berichterstattung.....	2
3 Ergebnisse.....	2
3.1 Übersicht Restrukturierungsaufwand.....	2
3.2 Uebersicht Sanierungspotenzial.....	3
4 Ergebnis pro Massnahme für das Jahr 2008.....	4
5 Schlussbemerkungen.....	6
6 Detail der unerledigten Massnahmen.....	7

1 Ausgangslage

Am 22. August 2000 hat der Regierungsrat das Projekt SO+ mit 60 Massnahmen zur Reformierung der staatlichen Tätigkeit und zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts verabschiedet. Gerechnet wurde mit einem kumulierten Einsparpotenzial von 147,5 Mio. Fr. bis Ende 2008.

Der Kantonsrat behandelte diese Vorlage in der ausserordentlichen Session vom 26. / 27. September 2000 (SGB-Nr. 117/2000). Nach der Behandlung im Kantonsrat verblieben 50 Massnahmen mit einem Einsparpotenzial von insgesamt 95,8 Mio. Fr. im SO+-Paket. Für den Vollzug der 50 Massnahmen bewilligte der Kantonsrat einen Verpflichtungskredit von 4,7 Mio. Fr. für erforderliche Expertentätigkeiten und zusätzliche personelle Mittel.

2 Berichterstattung

Mit RRB Nr. 750 vom 3. April 2001 wurde festgelegt, dass die Berichterstattung an den Kantonsrat über den Stand der Umsetzung der SO+-Massnahmen jährlich im Rahmen des Berichts zum Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse mit folgenden Inhalten zu erfolgen hat:

Der Kantonsrat wird jährlich informiert über

- den Umsetzungsstand der einzelnen Massnahmen per 31.12. des Vorjahres
- das Volumen der bereits realisierten Einsparungen
- den Mittelverbrauch aus dem Verpflichtungskredit „Restrukturierungsaufwand SO+“
- die bis Ende der Projektdauer zu erwartenden Einsparungen (aktualisierte Schätzung)
- den bis Projektende erforderlichen Restrukturierungsaufwand (aktualisierte Schätzung)

Im Kapitel 5 werden noch 3 Massnahmen im Detail gezeigt. Da das Sanierungsprojekt mit dem vorliegenden Bericht abgeschlossen ist, werden diese Massnahmen abgeschrieben.

3 Ergebnisse

3.1 Übersicht Restrukturierungsaufwand

Im **Jahr 2008** wurden für die Umsetzung der SO+-Massnahmen insgesamt 62'000 Fr. aufgewendet. Der vom Kantonsrat gesprochene **Verpflichtungskredit von 4,7 Mio Fr.** für den Restrukturierungsaufwand wird mit **effektiv beanspruchten 2,9 Mio Fr.** (verbuchungswirksam 2,7 Mio Fr., zusätzliche personelle Ressourcen 175'000 Fr.) um **1,8 Mio Fr. unterschritten** (- 38,3 %). Diese erfreuliche Entwicklung ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die personellen Ressourcen nur teilweise beansprucht wurden, respektiv zum Teil im ordentlichen Globalbudget der Dienststellen belastet wurden.

Übersicht Restrukturierungsaufwand
Restrukturierungsaufwand in 1'000 Franken pro Jahr

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Total
3.1.1.1.1 Restrukturierungsaufwand	1740.0	1032.0	953.0	511.0	465.0				4701.0
budgetiert September 2000									
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2001	667.0	1734.9	528.0	378.0	185.0				3492.9
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2002	667.0	686.7	896.1	570.0	404.0				3223.8
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2003	667.0	686.7	412.0	748.6	610.7				3125.0
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2004	667.0	686.7	412.0	415.9	748.9				2930.5
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2005	667.0	686.7	412.0	415.9	423.3	225.3	43.0	20.0	2893.2
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2006	667.0	686.7	412.0	415.9	423.3	170.0	39.0	23.0	2836.9
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2007	667.0	686.7	412.0	415.9	423.3	170.0	0.0	62.0	2836.9
Restrukturierungsaufwand per 31.12.2008	667.0	686.7	412.0	415.9	423.3	170.0	0.0	109.1*	2884.0

* inklusiv Fr. 47'100.00 interne personelle Ressourcen

3.2 Uebersicht Sanierungspotenzial

Das ursprünglich geschätzte Sanierungspotenzial bei Projektende von 95,8 Mio Fr. korrigiert sich, gemäss den Angaben der Departemente auf **78,8 Mio Fr.** (2007: 71,7 Mio Fr.), das heisst, es wird **um 17,0 Mio Fr. unterschritten** (17,7 %). Vor einem Jahr – per Ende 2007 – wurde das Sanierungspotenzial per 31.12.2008 noch auf 80,5 Mio Fr. geschätzt.

Sanierungspotenzial in Mio Franken (bis ins Jahr 2008 kumuliert)

3.2.1.1.1.1 Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Sanierungspotenzial budgetiert	1.40	22.90	61.90	74.70	95.80	95.80	95.80	95.80
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2001	14.20	38.05	38.05	71.15	81.76	82.26	82.26	82.56
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2002	14.2	36.0	58.1	61.8	78.6	79.1	79.1	79.4
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2003	14.2	36.0	56.9	59.8	67.1	67.1	67.4	72.7
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2004	15.0	36.9*	60.4	61.4	69.0	72.2	74.5	75.2
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2005	15.0	36.9	60.4	61.8	66.45	68.9	71.7	73.0
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2006	15.0	36.9	60.4	61.8	66.45	74.4	72.1	73.4
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2007	15.0	36.9	60.4	61.8	66.45	74.40	71.7	80.5
Sanierungspotenzial per 31.12.2008	15.0	36.9	60.4	61.8	66.45	74.40	71.7	78.78

4 Ergebnis pro Massnahme für das Jahr 2008

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über den Umsetzungsstand der einzelnen Massnahmen sowie über die Abweichungen der prognostizierten und erreichten Einsparungen per Ende 2008.

Einsparungen und Umsetzungsstand per Ende 2008:

Nr.	Kurztext	Umsetzungsstand per 31.12.2008	Erwartetes Einsparpotenzial Sept. 2000 (in Mio.Fr.)	Von Departementen gemeldete Einsparungen (in Mio. Fr.)	Differenz (in Mio. Fr.)
1	Querschnittämter besser gegen Bezügerämter abgrenzen	erledigt	offen	0.10	+ 0.10
2	Marktorientierte Gebrauchsmiete	erledigt	5.00	1.50	- 3.50
3	Aufteilung der Gebäude in Systemkomponenten	erledigt	1.00	0.00	- 1.00
4	Bereinigung des Immobilienbestandes	erledigt/ Dauerauftrag	offen	2.40	+ 2.40
5	Projektierungsstopp für Bauvorhaben	erledigt/ Dauerauftrag	*25.00	*35.00	+ *10.00
6	Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer	erledigt	5.00	7.50	+ 2.50
8	Verursachergerechte Verwaltungstätigkeit Umweltschutz/Wasserwirtschaft	erledigt	1.00	1.00	0.00
10	Selbständige Gerichtsverwaltung	erledigt	1.00	0.50	- 0.50
13	Leistungsauftrag GB Mittelschulen	erledigt	2.70	1.86	- 0.84
14	Autonome Gestaltung Pädagogische Fachhochschule	erledigt	0.90	0.00	- 0.90
15	Anpassungen des Vertrages Gymnasium Laufen	erledigt	0.50	0.80	+ 0.30
16	Einführung Managementzentren BS	erledigt	1.30	0.00	- 1.30
17	Gemischtwirtschaftliche AG Erwachsenenbildung	erledigt	0.50	0.00	- 0.50
18	Privatisierung Uhrmacherschule u. Internat	erledigt	0.90	1.02	+ 0.12
19	Konzentration Schule für Mode und Textiles Gestalten	erledigt	0.40	0.10	- 0.30
20	Alternative Beitragsmechanismen Hochschule	erledigt	0.00	0.00	0.00
21	Änderung Finanzierungsmechanismus Sonderschulen	erledigt	0.40	0.40	0.00
22	Kompetenzzentrum Kultur auf Waldegg	erledigt	0.30	0.00	- 0.30
23	Effizienzsteigerung der Abteilung Sport	erledigt	0.20	0.00	- 0.20
24	Reduktion bei Archäologie und Denkmalpflege	erledigt	0.50	0.00	- 0.50
25	Anpassung Vereinbarung Schweiz. Musikautomatenmuseum	erledigt	0.20	0.00	- 0.20
26	Regionalisierung Museum Altes Zeughaus und Zentralbibliothek	erledigt	0.30	0.00	- 0.30
27	Flächendeckende Einführung von Globalbudgets und Verstärkung der Wirkungsorientierung mit Konzentration auf wesentliche Leistungen	erledigt	5.00	5.00	0.00
28	Befristung von Erlassen im Leistungsbereich und wirkungsorientierte Ausgestaltung	erledigt Dauerauftrag	offen		
29	Einführung eines Kosten- und Leistungsrechnungssystems	erledigt	1.70	1.70	0.00
30	Verstärkung bzw. Aufbau dezentraler Controlling-Funktionen	erledigt	offen		
31	Lohnkonzept 04	erledigt	offen		
32	Neustrukturierung	erledigt	2.00	0.30	- 1.70
33	Sistierung Mitfinanzierung Kanton bei der Erhöhung des Deckungsgrades der Pensionskasse	erledigt	8.00	2.60	- 5.40
34	Neue Finanzierung der Teuerungszulagen auf den Renten	erledigt	7.80	6.00	- 1.80
35	Verschiebung Ausgleich der kalten Progression	erledigt	offen		
36	Neufestlegung der Katasterwerte	erledigt	8.50	0.00	- 8.50
40	Reorganisation der Staatsverwaltung	erledigt	offen		

Nr.	Kurztext	Umsetzungss tand per 31.12.2008	Erwartetes Einsparpot enzial Sept. 2000 (in Mio.Fr.)	Von Departemente n gemeldete Einsparungen (in Mio. Fr.)	Differenz (in Mio. Fr.)	
43	Verselbständigung der Spitäler	erledigt	4.10	2.00	-	2.10
44	Aufhebung der Spitalsteuer	erledigt	ab 2010 5 Mio Fr.			
45	Neues Entschädigungssystem für Chef- und Leitende Ärzte	erledigt	1.00	0.00	-	1.00
46	Optimierung der Verträge für ausserkantonale Hospitalisation	erledigt	0.00	0.10	+	0.10
47	Therapiezentrum „im Schache“	erledigt	offen			
48	Strafanstalt „Schöngrün“	erledigt	offen			
49	Prüfung der organisatorischen Zusammenfassung des Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsvollzuges	erledigt	offen			
50	Schlankere Wirtschaftsförderung	erledigt	0.30	0.30		0.00
51	Redimensionierung arbeitsmarktlicher Massnahmen	erledigt	1.00	1.10	+	0.10
53	Neudefinition Aufgaben Kanton-Gemeinden sowie reduzierte kantonale Beitragsleistung im Bereich Wald	erledigt	1.70	0.90	-	0.80
54	Konsolidierung und Neuausrichtung Wallierhof	erledigt	0.50	- 0.20	-	0.70
55	Abbau landwirtschaftlicher Leistungen	erledigt	0.20	0.50	+	0.30
56	Redimensionierung Zivilschutz	erledigt	0.70	0.70		0.00
57	Schlankere Militärverwaltung	erledigt	0.30	0.00	-	0.30
58	Neukonzeption Zeughaus	erledigt	1.00	1.10	+	0.10
60	Leistungsentflechtung Kanton/SGV	erledigt	0.80	0.00	-	0.80
Total			- 95.80	78.78		17.02

5 Schlussbemerkungen

Bei Projektende per 31.12.2008 sind die 3 folgenden Massnahmen abzuschreiben:

Massnahme 4, Bereinigung des Immobilienbestandes, erledigt / Dauerauftrag. Erfolgt auch zukünftig nach der bewährten Immobilienstrategie. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Staatliche Grundstückspolitik wird das Immobilienportfolio des Kantons jährlich priorisiert und optimiert.

Massnahme 31, Lohnkonzept 2004, erledigt: Die Massnahme wurde in das gesamte GAV-Projekt aufgenommen. Im Rahmen dieser Verhandlungen konnte die Massnahme jedoch infolge fehlenden Konsenses nicht vollständig umgesetzt werden. Die Umsetzung der Massnahme erfolgt definitiv mit der Realisierung von MAB-Lebo Plus.

Massnahme 32, Neustrukturierung der regionalen Verwaltung, erledigt: Die Amtschreibereien und Oberämter in der Stadt Solothurn wurden ab 1. Januar 2005, die Konkursämter von Solothurn, Olten und Dornach auf den 1. Januar 2007 zusammengeführt. Die Überprüfung der Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit wird im Rahmen des Auftrages der Fraktion SP/Grüne (A099/2007) behandelt. Für die Behandlung dieses Auftrages hat der Regierungsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Mit dem vorliegenden Schlussbericht kann festgestellt werden, dass das ursprünglich mit 95,8 Mio Fr. eingesetzte Sanierungspotential als zu optimistisch eingeschätzt wurde. Gemäss Angaben der Departemente wurden bis Projektende per 31. Dezember 2008 **78,8 Mio Fr. eingespart**. Die Verschlechterung von letztlich 17,0 Mio Fr. zeichnete sich bereits nach Vorliegen des ersten Controllingberichtes ab.

Bei Projektstart wurde für den Vollzug der 50 Massnahmen ein Verpflichtungskredit von 4,7 Mio Fr. für erforderliche Expertentätigkeiten und zusätzliche personelle Mittel bewilligt. Bis Projektende per 31. Dezember 2008 wurden von diesem Kredit **Fr. 2'884'764.00** beansprucht (Fr. 2'709'743.65 für Experten honorare und Fr. 175'020.35 für personelle Ressourcen). Die Unterschreitung von rund 1,8 Mio Fr. ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die personellen Ressourcen praktisch nicht ausgeschöpft wurden bzw. zum Teil im ordentlichen Globalbudget der Dienststellen belastet wurden.

Mit dem vorliegenden Schlussbericht wird das Projekt SO+ abgeschlossen.

6 Detail der unerledigten Massnahmen

Massnahme Nr. 4: Bereinigung des Immobilienbestandes Projektstatus: erledigt / Dauerauftrag

Kurzbeschrieb	Laufende Optimierung Immobilienbestand inkl. Auswirkungen WoV-Einführung und marktorientierte Gebrauchsmiete
Wichtigste Ereignisse	<p>Mit RRB Nr. 2268/2003 vom 8. Dezember 2003 konnte die Massnahme „Projektierungsstopp für Bauvorhaben, Umsetzung“ konkretisiert werden. Sie beinhaltet im Wesentlichen drei Stufen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Abklärung der Betriebsnotwendigkeit, 2. Abklärung des Verwertungs-Potenzials und 3. Entwicklung ausgewählter Areale mit besonders gutem Verwertungs-Potenzial. <p>Für diejenigen Grundstücke, die eine besonders gute Verwertbarkeit versprechen, sind bereits konkrete Massnahmen eingeleitet worden („Seminarmeile“ Solothurn, Sphinxmatte Solothurn, Bürenstrasse und Gotthelfhaus Biberist, früheres HTL-Land Oensingen, Fegetzhofareal, Reserveareal Spital Dornach und Zeughausareal Zuchwil). Im Rahmen der Immobilienstrategie führt das Hochbauamt periodisch eine Immobilien-Priorisierung durch, welche mit RRB Nr. 2005/493 genehmigt wurde. Dabei wurde erstmals der Verkehrswert aller Liegenschaften des Finanzvermögens durch einen externen Experten ermittelt. Im Berichtsjahr 2008 wurden dementsprechend Liegenschaften im Umfang von Fr. 3,7 Mio Franken brutto veräussert, was einem Nettoerlös von 0,5 Mio Franken entspricht.</p> <p>Schlussbemerkung: Die bewährte Immobilienstrategie wird auch zukünftig weiter verfolgt. In Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Staatliche Grundstückspolitik wird das Immobilienportfolio des Kantons jährlich priorisiert und optimiert.</p>

Finanzielles

Restrukturierungsaufwand in 1'000 Franken

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Total
Restrukturierungsaufwand budgetiert	Kein Restrukturierungsaufwand budgetiert								0.0

Sanierungspotenzial in Mio Franken

6.1.1.1.1.1.1 Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Sanierungspotenzial budgetiert								
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2001		0.4	0.5	0.7	0.9	0.9	0.9	1.2
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2002		0.4	0.4	0.7	0.9	0.9	0.9	1.2
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2003		0.4	0.4	0.7	0.9	0.9	0.9	1.2
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2004		0.4	0.4	0.7	0.9	0.4	0.4	0.4
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2005		0.4	0.4	0.7	1.2	1.2	2.0	2.8
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2006		0.4	0.4	0.7	1.2	0.3	1.0	2.0
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2007		0.4	0.4	0.7	1.2	0.3	2.8	3.6
Sanierungspotenzial per 31.12.2008		0.4	0.4	0.7	1.2	0.3	2.8	2.4

Massnahme Nr. 31: Lohnkonzept 04
Projektstatus: erledigt

Kurzbeschrieb	Überarbeitung des heutigen Lohnkonzeptes zur Erreichung von Marktkonformität und Leistungsgerechtigkeit
Wichtigste Ereignisse	<p>Im ersten Halbjahr 2003 erarbeitete die Projektgruppe ein Grundlagenpapier mit 16 Modulen zu den Eckwerten eines Lohnsystems mit Varianten zu den variablen Lohnanteilen sowie eine Kostenschätzung für das Gesamtkonzept. Die Projektgruppe erstellte dazu einen vorläufigen Schlussbericht zuhanden der GAV-Projektleitung. Die GAV-Projektleitung integrierte das Projekt in das gesamte GAV-Projekt. Im Rahmen der GAV-Verhandlungen konnte die Massnahme infolge fehlenden Konsenses jedoch bis zum heutigen Zeitpunkt nicht vollständig umgesetzt werden.</p> <p>Wenngleich mit den Sozialpartnern im Bereich der Leistungsgerechtigkeit noch keine Einigung erzielt werden konnte, kann abschliessend festgehalten werden, dass zumindest die Grundlagen für die Überprüfung der Marktkonformität des Lohnsystems mittels jährlichen Lohnvergleichen zwischenzeitlich geschaffen wurden. Bezüglich der Leistungsgerechtigkeit werden im zur Zeit noch laufenden Projekt MAB-LEBO PLUS mit der vorgesehenen Einführung von konkreten Zielvereinbarungen sowie dem Aufbau eines Qualitätssicherungssystems bei der Mitarbeitendenbeurteilung entsprechende Voraussetzungen für die Leistungsgerechtigkeit des Lohnsystems, insbesondere des Leistungsbonus, geschaffen und voraussichtlich 2010 implementiert.</p>

Finanzielles

Restrukturierungsaufwand in 1'000 Franken

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Total
Restrukturierungsaufwand budgetiert	101.0	73.0	55.0	46.0					275.0
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2001	0.0	174.0	55.0	46.0					275.0
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2002	0.0	21.0	120.0	80.0	54.0				275.0
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2003	0.0	21.0	13.0	100.0	140.0				274.0
Restrukturierungsaufwand Ist/Prognose per 31.12.2004	0.0	21.0	13.0	0.0	62.0				96.0
Restrukturierungsaufwand bis Projektende	0.0	21.0	13.0	0.0	0.0	0.0	0.0	62.0	96.0

Sanierungspotenzial in Mio Franken

6.1.1.1.1.2 Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Sanierungspotenzial budgetiert	Kein Sanierungspotenzial budgetiert							Offen

Massnahme Nr. 32: Neustrukturierung der regionalen Verwaltung
Projektstatus: erledigt

Kurzbeschrieb	Höchstens 4 Verwaltungs- und Gerichtskreise
wichtigste Ereignisse	<p>Mit RRB Nr. 966 vom 27. Mai 2003 wurde Botschaft und Entwurf über die Zentralisierung der Oberämter und der Amtschreibereien verabschiedet. Die Zentralisierung der Gerichte wurde ausgeklammert. Der Kantonsrat stimmte der Verfassungsänderung am 2. September 2003 zu, das Volk am 8. Februar 2004. Die Amtschreibereien und Oberämter in der Stadt Solothurn wurden ab 1. Januar 2005 zusammengeführt. Die Konkursämter von Solothurn, Olten und Dornach wurden ab 1. Januar 2007 in das kantonale Konkursamt in Oensingen integriert. Für die weitere Umsetzung der SO+-Massnahme Nr. 32, die Neustrukturierung der Amtsgerichte, ist das Bau- und Justizdepartement, in Zusammenarbeit mit der Gerichtsverwaltungscommission, zuständig, wobei die Prüfung erst nach der Einführung und Konsolidierung von WoV bei den Gerichten vorzunehmen sein wird (RRB 2006/1874 vom 23. Oktober 2006). Seit 1.1.2008 führen die Gerichte ein Globalbudget gemäss dem WOV-Gesetz.</p> <p>Schlussbemerkung: Im Zuge des erheblich erklärten Auftrages der Fraktion SP/Grüne hat der Regierungsrat für die Überprüfung der Neuorganisation der erstinstanzlichen Straf- und Zivilgerichtsbarkeit eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeiten sind im Gang. Erste Ergebnisse sollen im Frühjahr 2009 vorliegen.</p>

Finanzielles

Restrukturierungsaufwand in 1'000 Franken

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Total
Restrukturierungsaufwand budgetiert	Kein Restrukturierungsaufwand budgetiert								0.0

Sanierungspotenzial in Mio Franken

6.1.1.1.1.3 Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Sanierungspotenzial budgetiert					2.0	2.0	2.0	2.0
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2001					2.0	2.0	2.0	2.0
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2002					2.0	2.0	2.0	2.0
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2003					0.3	0.3	0.3	0.5
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2004					0.1	0.2	0.3	0.5
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2005					0.1	0.2	0.3	0.3
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2006					0.1	0.2	0.3	0.3
Sanierungspotenzial Ist/Prognose per 31.12.2007					0.1	0.2	0.3	0.3
Sanierungspotenzial per 31.12.2008					0.1	0.2	0.3	0.3

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 / Postfach 157
 4502 Solothurn
 Telefon 032 627 21 01
 Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

Bericht der Revisionsstelle

an den Kantonsrat des Kantons Solothurn zum Geschäftsbericht 2008

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2008

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2008 (Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Anhang, Spezialfinanzierungen, Legate und Stiftungen, Verpflichtungskreditkontrolle und Globalbudgets) für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die im Geschäftsbericht separat aufgeführten Jahresrechnungen verschiedener staatlicher Institutionen werden anlässlich separater Revisionen geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.

Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr den gesetzlichen Bestimmungen.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2008 45 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Bestimmungen

Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert, wobei gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 16. Dezember 2008 (RRB Nr. 2303) noch einzelne Anpassungen vorzunehmen sind.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses den gesetzlichen Bestimmungen entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Die Finanzkommission, der Regierungsrat und das Finanzdepartement werden mit einem ausführlichen Revisionsbericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2008 orientiert.

Zudem wird die Finanzkontrolle mit ihrem Jahresbericht den Kantonsrat, den Regierungsrat und die Gerichtsverwaltungskommission über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Revisionstätigkeit sowie über Feststellungen und Beurteilungen separat informieren.

Solothurn, 11. März 2009

Kantonale Finanzkontrolle


P. Hard
Chef
Zugelassener Revisionsexperte


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor